

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Ks 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Sonntag, 28. Oktober 1923.

Nr. 252.

Nach fünf Jahren!

Für die festliche Begehung des am heutigen Tage vollendeten fünfjährigen Bestandes der Tschechoslowakischen Republik wird schon seit Wochen Stimmung gemacht und man kann es schon glauben, daß es den im Festfeiern geübten Patrioten gelingen wird, den heutigen Gedenktag äußerlich wirkungsvoll dekorativ herauszustaffieren. Aber es ist mit diesem Erinnerungstag wie mit manchen Festen der Kirche: an äußerem Glanz haben sie nichts verloren, doch ihren Inhalt, ihr inneres Wesen, den Zusammenhang dessen was ist, mit dem was sein sollte und was einmal war, haben sie längst eingebüßt. Wenngleich die Wogen des Festfeiern hochgehen werden, so wird sich niemand darüber täuschen lassen, daß Freude und Begeisterung trotz aller anfeuernden Injektionen, die ihnen verabfolgt werden, nur ein schwacher Abglanz jener überschwänglichen Stimmung sind, die alle bis auf den letzten tschechischen Bürger im verlorensten Dorfe erfüllte, als der Staat mit der Konstituierung des Nationalauschusses ins Leben trat. Fünf Jahre sind immerhin eine so lange Frist, daß sie trotz aller künstlichen Aufpeitschung patriotischer Gefühle, für die ein ausgiebiger Apparat sorgte, auch Zeit zur nüchternen Prüfung und Einkehr, der Vergleich der Hoffnungen und Erwartungen mit dem was geworden ist, hat längst selbst in den tschechischen Bevölkerungsmassen das Gefühl bitterer Enttäuschung wachgerufen. Das tschechische Volk hat vor fünf Jahren, begünstigt durch die geschichtlichen Ereignisse, seine nationale und staatliche Selbständigkeit errungen. Es war verständlich, daß die Erfüllung dieses höchsten Ideals, das jedes Volk anstrebt, die Massen des tschechischen Volkes in einen Glücksrausch versetzte und wir deutschen Sozialdemokraten waren weit davon entfernt, dem tschechischen Volke die Verwirklichung seiner Träume zu weiden, denn die Verwirklichung des Rechtes der Selbstbestimmung für alle Völker war, ehe noch die Tschechen in ihrer Mehrheit die Durchsetzung ihrer nationalen und kulturellen Selbständigkeit für möglich hielten, schon längst Ziel und Inhalt unseres Wirkens und unseres nationalen Programms. Aber was haben die politischen Sachwalter des tschechischen Volkes mit dem ihrer Obhut anvertrauten kostbaren Gut dieser Selbständigkeit gemacht! Wie haben sie dieses Pfand verwaltet und gemehrt! Was haben sie von den Hoffnungen auch nur des tschechischen Volkes — von den andersnationalen Bürgern des Staates gar nicht zu reden — des Volkes, das vor fünf Jahren über die Befreiung aus dem österreichischen Kerker jubelte, erfüllt! Die Bilanz ihres Wirkens müßte die Einsichtigen im tschechischen Volke erschrecken. Die bedrückte und enttäuschte Stimmung der großen Masse spricht eine nur zu deutliche Sprache. Am 28. Oktober vor fünf Jahren war es das tschechische Volk selbst, das auf der Straßestand, in überquellender Freude seine vermeintliche Befreiung bejubelte, heute wird den wesentlichsten Bestandteil der Erinnerungsfeste militärisches Schaugepränge bilden. Das Volk selbst ist zur Staffage geworden.

Daß alle Hoffnungen, welche vor fünf Jahren der Glücksrausch gebar, hätten in Erfüllung gehen können, konnten nur naive Gemüter glauben. Aber ist auch nur eine zur Wahrheit geworden? Wenn man von Vorrechten und arrenartigen Privilegien absieht: kann jemand ernsthaft glauben, daß nach dem verlorenen Kriege auch nur eine der wirklichen politischen, sozialen und nationalen Errungenschaften — wie gesagt: der wirklichen, nicht jener, die als tote Buchstaben auf dem Papier stehen! — nicht ebenso erungen worden wäre, wenn alles beim Alten geblieben wäre? Man wird es uns glauben, daß wir das nicht sagen, weil wir dem alten Österreich etwa nachtrauern; wir müßten politische Aindulgen sein, wenn wir an geschichtlichen Wirklichkeiten vorübergehen würden, darum haben wir keine Reigung, rück-

Gegen die Kapitalisten- und Gabelherrschaft im Reiche.

Starke Strömung für den Austritt der Sozialdemokraten aus der Stresemann-Regierung.

Berlin, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Der deutsche Reichstag, der nächste Woche wieder zusammentreten soll, wird eine außerordentlich ungünstige politische Situation vorfinden. Im Inlande droht die Zerreißung des Reiches und der Zusammenbruch der deutschen Währung zur Tatsache zu werden, ohne daß bisher die Möglichkeit besteht, eine wirklich gesicherte neue Währung an ihre Stelle zu setzen. Außenpolitisch ist die Lage noch immer ungeläutert. Ueber die Reichsregierung herrsche in weiten Kreisen der Bevölkerung außerordentliche Mißstimmung, insbesondere in der Arbeiterschaft ist man erbittert darüber, daß das Kabinett Stresemann die von links kommenden Forderungen bisher noch in keiner Weise erfüllt habe, während es immer dazu bereit ist, den Reichskreisen weitgehende Zugeständnisse zu machen. Es ist anzunehmen, daß es darüber in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. Hier dürfte die Richtung eine wesentliche Stärkung erfahren, die den Austritt der Sozialdemokraten aus dem Kabinett verlangt und es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß diese Richtung die Mehrheit erlangen wird.

Das Kabinett Stresemann hat bisher nicht den Mut gefunden, Bayern gegenüber die Oberhoheit des Reiches durchzusetzen, während es zu gleicher Zeit in äußerst herausfordernder Weise in Sachen die Reichswehr gegen die Arbeiter und die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung marschieren lasse. Es steht weiter fest, daß das Arbeitszeitgesetz, das auf Verlangen der

Sozialdemokratie bei der letzten Regierungskrise aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen wurde und dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden muß, die Wünsche der Unternehmer in weitgehendem Maße berücksichtigt, während die Arbeiterforderungen zurückgestellt werden. Auch bei der Schaffung der wertbeständigen Zahlungsmittel sind die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger hinter die Interessen der kapitalistischen Kreise zurückgestellt worden. Schließlich hat sich auch der Beamtenstand großer Unmut darüber bemächtigt, daß der Beamtenabbau in rücksichtslosester Weise und ohne die Mitbestimmung der Beamten und der Organisationen durchgeführt werden soll.

Die Sozialdemokratie steht jetzt vor den schwierigsten Entscheidungen, denn ihr Austritt aus der Regierung könnte zur Folge haben, daß die Reichsparteien bestimmten Einfluß auf die weitere politische Entwicklung in Deutschland nehmen werden und daß sich dann der Wunsch des bayerischen Diktators Kahr erfüllt, mit einer gleichgesinnten Regierung in Berlin verhandeln zu können. Diese Bedenken werden allerdings gegenstandslos werden, wenn an die Stelle der etwa aufzugehenden Position in der Reichsregierung der einschliffene Wille der Arbeiterschaft tritt, der Kampf gegen eine Rechtsregierung aufzunehmen. Wie auch die Entscheidung der leitenden Körperschaften der Partei in dieser Frage ausfallen wird, kann sie doch bestimmend sein für das künftige Schicksal der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterklasse.

wärtsgewandte Propheten zu sein und haben uns längst auf den Boden des Staates gestellt. Mit aller Eindeutigkeit sei es gesagt: der Geist der Herrschenden in Österreich, das für alle seine Völker ein Kerker war, war schlecht, borniert und verberlich und mußte zu seinem Untergang führen. Der Staat war von einer unfähigen, kurzfristigen Bürokratie verwaltet, von einer verrotteten Adelskaste und einer verachteten Dynastie beherrscht. Die Befreiung von diesen Mächten hat vor fünf Jahren im tschechischen Volke Freudeausbrüche ausgelöst und nicht minder wäre die Freude bei den anderssprachigen Bürgern des Staates über die staatliche Neugestaltung gewesen, wenn die neuen Machthaber wirklich unter die Methoden der Vergangenheit einen Strich gesetzt und den alten Geist, der die Untüchtigkeit und Unfreiheit der Völker wollte, verbannt hätten. Aber schon an der Wiege des neuen Staates stand die Gewalt, und die Personen, die der Szenewechsel auf die Bühne stellte, waren vom ersten Tage an bemüht, an die Methoden und Traditionen der österreichischen Vergangenheit anzuknüpfen, den alten Geist restlos hinüberzusetzen in den neuen Staat. Kann jemand nur eine Tatsache anführen, daß sich etwas durch die „Entösterreichung“, die sich an Firmenschildern, Wappen und Bildwerken austobte, in den politischen Verhältnissen geändert hat, was nicht ohnehin durch den Zusammenbruch der alten Mächte gekommen und erreicht worden wäre? Es ist wahr: die alte Dynastie ist tot, aber ist die neue Dynastie Kramar, die Dynastie der Ziwostenska banka und die Dynastie der Böta etwa erfreulicher und wohlwollender? Die österreichische Bürokratie war ohne Zweifel schlecht, aber lasen wir nicht erst gestern in einem tschechischen sozialdemokratischen Blatte, daß auch dieser Staat ein Staat

der Bürokratie und wahrlich nicht der besten ist! Die neue Ordnung sollte Gerechtigkeit und Freiheit für alle bringen; aber sind nicht neue Kerker für die Nationalitäten entstanden? Ist auch nur die Mehrheit des tschechischen Volkes wirklich „frei“ geworden? Herrscht nicht wie ehedem und noch schrankenloser das Bankkapital? Die Demokratie, die große Idee der Selbstbestimmung, sie sind zu toten Begriffen geworden. Das Parlament gilt dem Fünfmännerauschuß nur als verhüllendes Freigeblätt ihrer absolutistischen Schamlosigkeit. Der Militarismus sollte ausgerottet werden, der Staat und seine Völker dauernd im Frieden leben; aber wieder und noch verstärkt startt der Staat in Waffen, der Militarismus saugt alle Mittel, welche der Wohlfahrt der arbeitenden Menschen nutzbar gemacht werden könnten, nicht minder unbedenklich wie früher auf und stellt den Staat vor drohende Gefahren.

Der Gedenktag an den 28. Oktober vor fünf Jahren zwingt zu dieser Rückschau und er läßt die Vorstellung lebendig werden, wie es hätte werden können, wenn wirklich der neue Geist, der Geist der Gerechtigkeit für alle, zum bestimmenden Prinzip im Staate geworden wäre. Die Republik könnte, auch ohne „Schimmernde Wehr“ in Sicherheit und Kraft eine von allen Bürgern geliebte Heimstätte sein und ihre Denker brauchten nicht in einer verhängnisvollen militärischen Bündnispolitik mit dem börsartigsten Störer der europäischen Ordnung „im Guten und Bösen“ Schutz und Hilfe suchen. Heute, nach fünf Jahren der staatlichen Neugestaltung, tritt die traurige Tatsache umso stärker ins Bewußtsein, daß diese fünf Jahre des Bestandes der Republik für ihren Ausbau, ihre Sicherung und ihre notwendige Entwicklung fünf verlorenen Jahre waren!

Die Streittattit in der Tschechoslowakei.

Gewerkschaftliche Lehren aus dem Streik der Bergarbeiter.

Nach jedem Kriege gehen die Militaristen aller Staaten daran, sich die Erfahrungen aus Sieg oder Niederlage zunutze zu machen, die militärische Taktik und Organisation zu überprüfen und die fürchtbare Waffe des Militarismus zu schärfen und zu vervollkommen. Ebenso haben die Klassenkämpfe zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum ihre Taktik und Strategie und jeder große Kampf bringt eine Summe neuer Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft ihrem Denken und ihrer Erkenntnis einzuordnen hat. Auch der vor kurzem abgeschlossene Kampf von mehr als 100.000 Bergarbeitern in der Tschechoslowakischen Republik ist wert, daraufhin geprüft zu werden, ob an der Hand seines Verlaufes und der Bedingungen, unter denen er unternommen wurde, irgendeine neue Erkenntnis für das Wesen und die Führung gewerkschaftlicher Kämpfe gewonnen werden kann. Das Problem, das unserer Auffassung nach hier vorliegt, besteht im Wesen darin: Wie ist es möglich geworden, daß ein Kampf, der, wie wir nachweisen werden, unter den für die Arbeiterschaft ungünstigsten Bedingungen unternommen wurde und unternommen werden mußte, mit einem Erfolg der Arbeiter und einem auf der Hand liegenden Mißerfolg der Unternehmer geendet hat?

Ungünstige Voraussetzungen des Kampfes.

Berggegenwärtigen wir uns zunächst die Lage der Dinge zu Beginn des Kampfes. Die tschechoslowakische Industrie befand sich im August noch immer in einer tiefgehenden Depression. In vielen Schächten wurden nur zwei bis drei Schichten verfahren, ein großer Teil der industriellen Betriebe arbeitete eingeschränkt. Wie es immer in einer Wirtschaftskrise zu sein pflegt, tritt die Bedeutung der Arbeiterschaft für den Produktionsprozeß zurück, der Unternehmer fühlt sich stark, der Arbeiter wird allzuleicht kleinmütig. Das sind alte, bekannte Wahrheiten. Aber dazu kam noch, daß die Sommermonate für einen Streik der Bergarbeiter die ungünstigste Zeit sind, die man sich denken kann. Auch in den Zeiten der Konjunktur bedeuten die Sommermonate für den Bergbau die tote Saison, wo es zu Einschränkungen der Förderung kommt. In alledem tritt noch die materielle Entkräftung der Arbeiter gerade in diesem Jahre. In den Zeiten der Konjunktur kann sich der Arbeiter schlecht und recht einen Koopfenig auf die Seite legen, um gegen die verschiedenen Unfälle des Lebens besser gewappnet zu sein oder sich einmal irgend etwas für seinen Haushalt zu kaufen, was einen größeren Geldbetrag erfordert und vom Wochenlohn nicht aufgebracht werden kann. Dem letzten Streik der Bergarbeiter jedoch eine Zeit vorausgegangen, in der der Arbeiter in der Regel nur die Hälfte seines früheren Einkommens bezogen hat und seine Sparsperrnisse bereits aufgebraucht hatte. Ohne einen Kreuzer Geld traten die Arbeiter in einen gewaltigen Kampf, in dem es sich um ihre Existenz, um ihre Zukunft handelte. Und zu alledem trat noch hinzu, daß, während in den früheren Kämpfen der Bergarbeiter nahezu alles, was sich auf den Schächten befand, organisiert war, die kommunistische Zerstückelungsarbeit und die Gleichgültigkeit vieler Arbeiter es bewirkt hatten, daß Tausende von Unorganisierten, insbesondere im Kladoer und Ostrauer Revier, vorhanden waren. Die Reviere, die von denen, welche die Vorgänge in der Bergarbeiterbewegung nur oberflächlich betrachten, als die revolutionärsten angesehen werden, sind in Wirklichkeit die schwächsten Punkte der Bergarbeiterfront. Die Revolutionierung der Gewerkschaften, welche von den Kommunisten im Munde geführt wird — das sei hier mit aller Nachdruck und ohne jede Spur von Gefäßigkeit festgestellt —, hat nichts anderes bewirkt, als Tausende von Unorganisierten, das sind tausende Gefahren für jeden Kampf der organisierten Arbeiterschaft. Schließlich wollen wir auch nicht vergessen, daß ebenso wie die Bergarbeiter die Gesamtarbeiterschaft infolge von Wirtschaftskrise und aller Vorgänge in der Arbeiterbewegung wirtschaftlich entkräftet und moralisch deprimiert war, daß die Hilfe der Gesamtarbeiterschaft in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht in dem

Maße und nicht mit der Kraft geleistet werden kann, wie in Zeiten der guten Konjunktur.

Wie aber sah es auf der anderen Seite der Barrikade aus? Die Unternehmungen hatten sich mit einer früher nie vorgekommenen Menge von Kohle versorgt. Die Vorräte waren bei weitem größer als vor dem Streik im Februar 1922. Die Eisenbahnen, die unter einem Bergarbeiterstreik am meisten leiden und die, stillgelegt, die schwerste Erschütterung des Wirtschaftslebens des Staates herbeiführen müssen (wodurch also die herrschenden Klassen am meisten bezogen werden könnten), waren mit Vorräten für ein Vierteljahr versorgt und dadurch vom Streik nicht gefährdet. Auch die Unternehmer, die wußten, daß ihre Kollegen Bergwerksbesitzer es auf den Kampf ankommen lassen werden, hatten sich vorgefugt und die Grubenbesitzer schließlich hatten vor dem Streik, ungeachtet der Abwaschwierigkeiten für die Kohle, so viel fördern lassen, daß zu Beginn des Streiks etwa 100.000 Waggons Braunkohle auf den Bahnen lagen, welche die gesamte Republik mit allen Betrieben und Haushalten auf vier Wochen mit Kohle versehen hätten. Ob es aber den Bergarbeitern gelingen werde, den Abtransport der Kohle von den Bahnen zu verhindern, war absolut nicht gewiß, zumal in England mit seinen starken Bergarbeiterorganisationen während des großen Streiks der Kohlenarbeiter die auf den Schächten aufgehäuften Vorräte weggeschafft und der Industrie, den Bahnen und den öffentlichen Unternehmungen zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Unternehmer aller Branchen aber standen diesmal wie eine feste Mauer. Der Streik wurde von den Örtlichen Unternehmern im Einverständnis mit dem tschechoslowakischen Industriellenverband vom Jahre gebrochen, der erste Unterhändler der Unternehmer während der wochenlangen Verhandlungen war nicht der Sekretär des Verbandes der Bergwerksbesitzer Dr. Peters, sondern der Generalsekretär des Industriellenverbandes Prof. Dr. Šodák. Der Verhandlungsplan der Unternehmer bestand eben darin, sich den Zeitpunkt des Streikbeginns nicht von den Arbeitern aufzwingen zu lassen, sondern ihrerseits den Augenblick des Vorschlags zu bestimmen und sie wußten, daß die Sommermonate für sie die günstigste Zeit sind. So schienen alle Trümmer in der Hand des Unternehmertums zu liegen, als das entscheidende Spiel begann.

Die Elemente des Erfolges.

Trotzdem haben sich die Unternehmer verrecknet und die Kompliziertheit der Kampfbedingungen, der ökonomischen, sozialen und gewerkschaftsrechtlichen Voraussetzungen des Kampfes nicht rechtlos durchblickt. Wie in aller Theorie darf man auch in der Gewerkschaftstheorie die Dinge nicht so einfach und geradlinig sehen, wie es manchmal den Anschein hat. So paradox es klingt, es war der Zeitpunkt für den Beginn des Kampfes, die Sommermonate, in denen der Kohlenbedarf geringer ist, auch für die Arbeiter nicht ungünstig. Dem Durchhalten der Bergarbeiter waren die Sommermonate günstiger als die Winterzeit. Viele Bergarbeiter sind während des Streiks nicht in ihren Betrieben geblieben, sondern sind in ihre Heimat abgewandert und haben sich bei Verwandten und Bekannten in der Landwirtschaft betätigt, wo sie etwas verdient oder wenigstens ihren Lebensunterhalt gefunden haben. Aber auch in den Bergangeboten haben sie in der Landwirtschaft, wo stets Arbeitermangel herrscht, mitgeschafft und sich so während der schweren Zeit über Wasser gehalten. Was von den Unternehmern den Arbeitern als Fluch zugebracht war, hat sich zum Segen gewandelt. Freilich — und dadurch wird die alte Wahrheit bestätigt, daß die Konjunktur zur Führung von Streiks geeigneter ist als die Zeit

Im Sachsen ein befristetes Ultimatum — an Bayern ein höfliches Ersuchen.

Gebler-Stresemann befehlen den Rücktritt der Zeigner-Regierung, Ionk

Berlin, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Das Reichskabinett hielt heute eine Sitzung ab, die sich mit den Verhältnissen in Sachsen und Bayern beschäftigte. Nach Beendigung der Sitzung richtete der Reichskanzler an den sächsischen Gesandten in Berlin, Genossen Dr. Gradnauer ein Schreiben zur Weitergabe an den sächsischen Ministerpräsidenten. Es heißt darin, daß auf Grund der in Dresden von den Kommunisten angebrachten Plakate, zum bewaffneten Widerstande aufrufen, und des Verhaltens der kommunistischen Betriebsräte, ferner wegen eines Artikels des Ministerialdirektors Brandler in der Moskauer "Pravda", in dem gesagt werde, daß die Zeit zum aktiven Handeln gekommen sei, die sächsische Regierung nicht mehr als Landesregierung aner-

kannt werden könne; der Ministerpräsident solle deshalb ihren Rücktritt herbeiführen. Das Schreiben des Reichskanzlers ist bis Sonntag abends befristet. Sollte bis dahin keine befriedigende Erklärung abgegeben sein, dann soll ein von der Reichsregierung zu ernennender Reichskommissar die Regierung Sachsens übernehmen.

Außerdem hat die Reichsregierung eine Aufforderung an die bayerische Regierung gerichtet, worin sie verlangt, in Bayern schnellstens verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen und den General Basso zu entfernen. Beim Vergleich dieser Note mit dem Schreiben an die sächsische Regierung fällt sofort auf, daß beide Kundgebungen weder in Ton noch im Inhalt miteinander übereinstimmen.

Berlins Krieg gegen Sachsen.

Straßenkämpfe. — Tote und Verwundete. — Die Reichsregierung kehrt die Arbeiterkämpfe in den Generalstreik.

Dresden, 27. Oktober. Heute kam es in Freiberg zu Zusammenstößen angesammelter Massen mit der Reichswehr; angeblich wurden vier Reichswehrsoldaten im Postamt durch Zivilisten bedrängt. Die herbeigerufene Reichswehr räumte den vor dem Postamt liegenden Platz, wobei sie, wie das Reichswehrkommando meldet, von der Menge mit Steinen beworfen worden sein soll. Die Reichswehr machte von der Schusswaffe Gebrauch; wurden dreizehn Personen erschossen und gegen 20 verwundet. Eine Kompanie Soldaten, welche die in den Straßen immer größer werdenden Ansammlungen zerstreuen sollte, hat hierbei ebenfalls von der Schusswaffe Gebrauch gemacht; auch das kostete Opfer. Nähere Meldungen stehen aus.

Die Reichswehrruppen werden in Sachsen hin- und hergeschoben; jeder Tag bringt neue Truppen. Die Methoden der Reichswehr sind die des Militarismus im Kriege; überall werden bei den Kommunisten und Sozialisten überflüssige Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen; auch die Verhaftungen verlaufen resultatlos. In Freiberg, Freital, Hirschfeld und Delitzsch ist der Generalstreik erklärt; in Dresden herrscht Ruhe.

Überall im Lande kommen die Arbeiter in Massenversammlungen zusammen, um über die Lage zu beraten. Die Verhandlungen gestalten sich sowohl in den führenden Parteikreisen, wie auch in den Versammlungen schwierig. Zwei Richtungen kämpfen miteinander; die eine will

unter der Führung der Kommunisten den Generalstreik im ganzen Lande, die andere hält die Zeit dafür noch nicht gekommen und will die beste und letzte Waffe des Proletariates nur im alleräußersten Falle, das heißt, wenn eine offene Versammlungsverschiebung vorliegt, anwenden. Sie glaubt, daß die Willkürjurisdiktion und der Ausnahmezustand an den eigenen Taten scheitern wird. Weite Kreise des Bürgertums ziehen sich schon jetzt dem Kampfe der Partei und der Gewerkschaften an, in dem die gemäßigtere Richtung die Oberhand gewinnt.

Die sozialistische Partei Sachsens und die Gewerkschaften haben einen Aufruf an die deutsche Bevölkerung erlassen, in dem das Vorgehen der Reichswehr in Sachsen gebrandmarkt und gesagt wird, daß sich das Militär bereits anschide, über die durch die Verfassungen gesicherten Rechte der verfassungsmäßig gebildeten Regierung hinwegzuschreiten. Die militärische Aktion sei hauptsächlich auf Verlangen der sächsischen Industriellen unternommen worden, welche die sozialistische Regierung fürchten, zu dem Zwecke, die Regierung zu stürzen. Der Arbeiterschaft im Reiche wird zugerufen, „meinsam und unverzüglich mit der sächsischen Arbeiterschaft die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen zur Durchführung des Generalstreikes zu treffen und den Kampf zu führen für die Aufhebung des Ausnahmezustandes, für die Niederrückung der bayerischen und rheinischen Landesveräter und für die Sicherung der Ernährung.

der Wirtschaftskrise — hatte auch die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt bereits überschritten und die tschechoslowakischen Unternehmer hatten aus der Ruhrkrise Deutschlands einigen Nutzen gezogen. Gerade da die industriellen Betriebe ihre ärgste Zeit zu überwinden begannen, konnten sie die Konjunktur nicht ausnützen, weil sie keine Kohle hatten. Und die Kohlennot war größer, als es die bürgerlichen Zeitungen zugeben. Am 22. August hatte der Verband der Industriellen den Beschluß gefaßt (und die angeschlossenen Verbände

mittels Rundschreibens verständigt), daß die Mitglieder nichts unternehmen dürfen, was als Drängen nach Kohle aufgefaßt werden könnte. So versuchten die Industriellen der Welt vorzuzuschauen, daß ein Kohlenmangel nicht existiere, und die bürgerliche Presse brachte nur wenig über die massenhaften Vertriebsstellen. An diesen Einstellungen konnte auch die Einfuhr oberösterreichischer Kohle, über die ganz falsche Vorstellungen verbreitet waren, nichts ändern. Auch die Kommunisten haben diese Einfuhr übersehen. In den ersten Streikwochen wurde das

Kontingent für die Einfuhr oberösterreichischer Kohle, das 3500 Waggons monatlich beträgt, überhaupt nicht erreicht, das heißt es wurde weniger oberösterreichische Kohle eingeführt, als in normalen Zeiten der Kohlenförderung. In der zweiten Hälfte des Streiks wurde freilich das Kontingent überschritten, was aber höchstens zum Resultat hatte, daß die Gesamtmenge der in den sieben Wochen eingeführten ausländischen Kohle das Kontingent nicht überschritten hat. Von der oberösterreichischen Kohle aber kann die tschechoslowakische Industrie nicht leben; nicht nur weil die eingeführte Menge im Verhältnis zum industriellen Gesamtbedarf nicht in Betracht kommt, sondern weil die Kohle zu teuer ist. Sie kostet nämlich um 2000 bis 2500 Kronen per zehn Tonnen mehr als Östrauer Kohle. Die oberösterreichische Kohle wurde nur für lebenswichtige Betriebe verwendet. Wenn sie nicht vorhanden gewesen wäre, hätte die Bourgeoisie wahrscheinlich ganz andere Energien entwickelt, um die Kohle von den nordwestböhmischen Halden wegzuschleppen. So aber waren die lebenswichtigen Betriebe mit der wenn auch teureren oberösterreichischen Kohle versorgt und die Halden blieben intakt.

Freilich, daß es niemand wagte, die auf den Schächten lagernden Vorräte anzugreifen, ist das große Verdienst der Bergarbeiter, ein Ergebnis ihrer wenn auch lautlosen und ruhigen, so eben beständigen selbstbewußten und zähen Solidarität. Was die englische Bergarbeiterschaft nicht erreichte, haben die tschechoslowakischen Bergarbeiter durchgesetzt. Der bezügliche Passus der Streikbestimmungen: „Das Fördern und Aufladen der Kohle innerhalb der Werksanlagen ist Streikbruch“ wurde mit einer Disziplin aufrechterhalten, um die die übrige Arbeiterkämpfe der Bergarbeiter beneiden kann. Diese seltene Einmütigkeit hat zum Gelingen des Streiks wesentlich beigetragen. Wenn man von ein paar ganz belanglosen Gruben absieht, hat sich unter den mehr als 100.000 Bergarbeitern, auch unter den Unorganisierten, die keinen Kreuzer Streikunterstützung erhielten, kein Streikbrecher gefunden. Aber auch unter der übrigen Arbeiterschaft, unter den Hunderttausenden arbeitsloser Menschen, hat sich kein einziger bereit erklärt, die „himpfliche Rolle eines Streikbrechers zu übernehmen. Diese zur Tat geordnete Solidarität, die ein hohes Maß von Massenbewußtsein voraussetzt, darf bei der Erörterung der Gründe des Streikerfolgs nicht übersehen werden. Wir sehen auch hier, daß die Grundbedingung aller Massenkämpfe, die Solidarität der arbeitenden Menschen, trotz aller Kompliziertheit des ökonomisch-sozialen Lebens, die entscheidende Tatsache ist.

Sieg oder Niederlage?

Vielach wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Abschluß des Kampfes kein Erfolg für die Bergarbeiter war und deshalb sol zu dem, was unmittelbar nach Abschluß des Kampfes hier gesagt wurde, noch einiges hinzugefügt werden, um zu zeigen, daß der Erfolg tatsächlich auf Seiten der Bergarbeiter ist. Bekanntlich haben sich die Bergarbeiter vor mehr als Jahresfrist auf den Standpunkt gestellt: Lohnabbau nur insoweit als Preisabbau. Nun beträgt der Preisabbau in Nordwestböhmen seit dem letzten Vertragsabschluss nach den Berechnungen der Bergarbeiterorganisationen sieben- bis acht Prozent, nach den Feststellungen der Unternehmer neun- bis zehn Prozent (im Östrauer Revier betragen dieselben Zahlen 14 und 21 Prozent.) Da nun der Lohnabbau in Nordwestböhmen zehn Prozent beträgt, so ist der Grundsatz der Organisation fast vollständig behauptet worden, denn der über den Preisabbau hinausgehende Lohnabbau beträgt in diesem Revier nicht mehr als zwei- bis drei Prozent. Die Unternehmer aber haben durch den Streik schwere finanzielle Schäden erlitten. Den Bergwerks-

Neue tschechische Romane.

Von Rudolf Jilovský.

In diesem Jahre sind einige tschechische Romane erschienen, in denen sich die Autoren mit der sozialen Frage und mit den politischen Ereignissen der letzten Zeit befassen. Die Arbeiterbewegung, die sozialen Kämpfe, Bestrebungen und Errungenschaften, das Zerwürfnis unter der Arbeiterschaft und der mißglückte Kommunismus im Dezember 1920 gaben den Schriftstellern genug Stoff zu ihren Arbeiten. Leider wurde aber trotz alledem kein belletristisches Werk geschaffen, welches die einzelnen Phasen der Arbeiterbewegung seit dem Umsturz unbeflüsselt schildern würde. Alle diese Schriftsteller haben sich beim Schreiben entweder kommunistische Brillen angelegt, oder haben die soziale Bewegung nur als dunkles Milieu für ihre Figuren benützt. Insbesondere die kommunistischen Autoren idealisieren und verzerrten gleichzeitig die Ereignisse.

Am objektivsten von allen, den Kommunistenpöbel behandelnden Romanen scheint Vojtěch Mlýnskýs „Výsinní“ („Entgleisung“, Verlag Stanislav Mlýnský, Prag) zu sein. Der Autor ist weder Kommunist noch Sozialist. Da vielmehr er trachtet unbewußt den Kapitalismus einigermaßen zu beschönigen. Trotzdem ist in seinem Roman mehr soziales Verständnis als in manchen ähnlichen Werken der Kommunisten. Moravec ist ein idealistisch veranlagter Fabrikant, welcher nach dem Umsturz von selbst die Institution der Arbeiterräte in seinem Unternehmen eingeführt hat und seine Arbeiterschaft, als sie es verlangte, auch am Gewinn partizipieren ließ. Die große Wirtschaftskrise, welche nach der Kon-

junktur einsetzte, legte alle Fabriken in der Umgebung still und bedrohte auch Moravcs Textilfabrik in Vochov. Moravec hielt sich aber am längsten von allen, denn die in sozialer Hinsicht befriedigten Arbeiter verschafften ihrem Arbeitgeber durch ihre Organisationen und Abgeordnete Versicherungen und Kohle. Jetzt aber stand das durchbare Pärchen, die Krisis und der Hunger, hart an dem Tore der Moravcschen Fabrik. Die Arbeiter wußten es und zitterten. Gleichzeitig aber verbrühten sich unter ihnen die Ideen des Kommunismus, welche sie fanatisierten. Moravec wollte, um konkurrenzfähig zu bleiben, vorübergehend einen Teil seiner Arbeiter entlassen und die Arbeitszeit verlängern. In der stürmischen Sitzung der Arbeiterräte wurde aber sein Vorschlag abgelehnt und ihm befohlen, neue Waren aufträge selbst zu sammeln. Die Arbeiter sahen in ihm nicht mehr ihrgleichen, sondern den Repräsentanten des Kapitalismus. Sie gaben ihm zu verstehen, daß sie seine Fabrik selbst in Besitz nehmen und ihn als deren Leiter anstellen werden. So war es überall im Dezember 1920, als die Kommunisten zu „sozialisieren“ begannen. Als aber der Pöbel jämmerlich zusammenbrach, erwies sich auch die Kommunisten von Vochov nur als Schreier und Feiglinge. Der einzige Untertreter war der verhasste Sozialdemokrat Procházka, welcher für die Sozialisierungsidee ein Leben opferte. Dann kam wieder alles in das alte Geleise. Moravec, welchen eine schöne Griechin bezaubert hatte, lebte in seiner Familie und zu seiner Arbeit zurück. Er war wieder in der Fabrik tätig, die er liebte und deren Verwüstung durch die Volkswilden er fürchtete. Und der Kommunist Mlýnský, sein Gegner, verabschiedete sich von ihm durch einen Händedruck, um ungeachtet der Kerkerstrafen seinen Ideen nachzugehen.

Wenn man auch vom sozialistischen Stand-

punkte dem Gedankengang Mlýnský nicht immer beipflichten kann, muß man doch gestehen, daß er in seinem Roman den Sozialismus nicht bekämpft, sondern nur die traffen Auswüchse der Massenbewegung schildert. Der Roman ist interessant geschrieben, der Autor vermied alles, was die Handlung leicht oder sentimental machen würde. Die Szenen sind manchmal dramatisch aneinandergeheftet.

Weider kann man daselbe beim größten Wohlwollen nicht über den Roman Karel Schulz's „Tegtmalerovy zelezárny“ („Tegtmalers Eisenwerke“, kommunistischer Verlag, Prag) sagen. Obwohl der Unteritel „Kommunistischer Roman“ lautet und in diesem viel vom Kommunismus, Klassenkampf, kollektiver Seele usw. geredet wird, ist es kein Roman, nach dessen Lektüre auch der indifferenteste Leser mit dem Kommunismus sympathisieren könnte. Statt einer Verhimmelung des Kommunismus, welche der Autor bejedenfalls wollte, ist der Roman des Kommunisten Schulz eine Apotheose des Kapitalismus, die Sympathie des Lesers muß sich eher der Gestalt des energischen und zielbewußten Ingenieurs Tegtmaler, des Fabrikanten und kühn berechnenden Kapitalisten, als den natv debattierenden kommunistischen Intelligenzlern und mordenden kommunistischen Arbeitern zuwenden. Dieser Ingenieur Tegtmaler, für welchen die Eisenproduktion alles, Leben, Ideal und Selbstzweck war, weiß wenigstens was er will, die Kommunisten aber nicht. Wenn er auch die Arbeiterlöhne um fünfzehn Prozent herabsenken will, tut er es — ähnlich wie Moravec in Mlýnskýs „Výsinní“ — um konkurrenzfähig zu bleiben und auch nur vorübergehend. Die Antwort der Arbeiter darauf war: Streik. Als aber der Streik nach einigen Wochen verloren und die Arbeit wieder aufgenommen werden soll, da erschlägt ein

kommunistischer Arbeiter den Ingenieur Tegtmaler mit dem Hammer. Es war dies zur Zeit der kommunistischen Entsalung im Herbst 1920.

Der Autor bemüht kommunistische Zeitungssprüche, um die schwachen Grundlagen seines Romans zu befestigen. Natürlich müssen es die „sozialdemokratischen Verräter“ sein, durch deren Schuld der Streik verloren ging. Ganz unmöglich und nicht existierende Gestalten werden zu diesem Zwecke für den Roman wie Marionetten geschaffen: korrupte sozialdemokratische Ministerialsekretäre, korrupte sozialdemokratische Abgeordnete, welche zur Brechung des Streikes Delegierte der Metallarbeiterorganisation entsenden, die Arbeiter zum Aufgeben des Streikes zu veranlassen. Die Kapitalisten verkehren mit den Sozialdemokraten wie mit ihren besten Freunden und beide leisten einander Gegendienste. Der Schluß des Romans ist abgehackt, man erkennt leicht, daß der Autor aus der Sadgasse, in welche er sich verannt hat, nicht mehr herauskommt. Er läßt die Witwe noch dem Ingenieur Tegtmaler einen Bankbeamten verführen, um die Sympathie des Lesers von dieser Kapitalistin abzulenken, und schließt den Roman mit der kommunistischen Feier des 1. Mai ab.

Literarisch unvergleichlich höher steht der Roman der Kommunistin Marie Majerová „Nejkrásnější žost“ („Die schönste Welt“, Verlag der „Družstevní práce“ in Prag). Marie Majerová ist eine bekannte tschechische Profeschriststellerin und ihre Romane und Erzählungen, in welchen sich ihr sozialistisches Frühlein häufig kundgibt, sind literarisch bemerkenswert. Sie ist aber keine richtige Kommunistin, und wenn sie sich auch in diesem Roman alle Mühe gibt, kommunistische Töne anzuschlagen, verklingen sie trotzdem hohl. Majerová ist jedoch eine Künstlerin der Sprache, sie bearbeitet ihr Sujet nicht wie K. Schulz halb-

bestimm ist der Gewinn von sieben Wochen Förderung entgangen, die übrigen Industrien haben zum Teil die teure oberirdische Kohle verwendet und werden von der bereits eingetretenen Kohlenpreiserhöhung augenblicklich keine großen Vorteile haben, weil sie durch sieben Wochen teurer produziert haben. Sie haben in der Zeit der beginnenden besseren Konjunktur ihre Betriebe einschränken oder gar einstellen müssen und sie werden ihrem Generalsekretär und ihrer Verwaltungsleitung wenig Dank wissen. Wir wissen nicht, was die Unternehmer ihrem Sekretär nach dem Streik alles gesagt haben, aber Höflichkeit werden es durchwegs kaum gewesen sein.

War der Streik notwendig?

Wenn insbesondere in der bürgerlichen Presse — wir erinnern nur an den bekannten Kohlenfachmann der Unternehmer Dr. Uhlir, der dieser Meinung im „Proger Tagblatt“ Ausdruck gegeben hat — Stimmen laut geworden sind, daß der Streik besser unterblieben wäre, so ist darauf zu erwidern, daß Leute, die so reden, nicht die blasseste Ahnung von der gewerkschaftlichen Bewegung haben, daß sie die Psyche der Arbeiter nicht verstehen. Es war ganz und gar unmöglich, die 18 Prozent Lohnabbau, wie es die Vereinbarungen vom 8. August wollten, kampflos anzunehmen. Der Kampfeswille und Klassenstolz der Arbeiter wären dadurch gebrochen worden, es wäre das Eingeständnis ihrer Ohnmacht und Kampfunfähigkeit gewesen. Das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Organisationen und ihren Vertrauensmännern wäre erschüttert, die Bergarbeiter für lange Zeit hinaus eine unzufriedene, kampfunfähige Masse geworden. So mußte in einem Augenblick zur Schlacht angetreten werden, da alle Kampfbedingungen gegen die Arbeiterschaft zu sprechen schienen.

Welche gewerkschaftliche Organisationsform tut not?

Eines wollen wir hier zum Schluß noch aussprechen, weil es uns die wichtigste Lehre des Kampfes dünkt: Vom ersten bis zum letzten Augenblick des Kampfes war die Kampffront der deutschen und tschechischen Bergarbeiter, der Bergarbeiter der verschiedensten politischen und tatsächlichen Anschauungen geschlossen. Nicht Deutsche oder Tschechen, nicht Kommunisten oder Sozialdemokraten haben den Kampf geführt, sondern das Zentralstreikkomitee, das wieder ein Instrument der Koalition der drei Bergarbeiterverbände war. Die Bergarbeiterkoalition, die seit dem Entstehen der Tschechoslowakischen Republik besteht, hat ihren früheren Rahmensblättern ein neues hinzugefügt. Die Arbeiter der Tschechoslowakei rufen ständig nach einer Form der Zusammenfassung der Gewerkschaften, welche den Erfolg gewerkschaftlicher Kämpfe möglich macht. In der Bergarbeiterkoalition liegt die Form, die wir suchen. Es ist heute noch nicht möglich, Deutsche und Tschechen, Kommunisten und Sozialdemokraten reiflos in einheitlichen Industrieorganisationen zusammenzufassen. Das ist eine Tatsache, mit der jeder realdenkende Gewerkschafter und Arbeiterpolitiker zu rechnen hat. Was aber möglich ist und darum getan werden muß, ist die Schaffung eines gewerkschaftlichen Ueberbaues in allen Branchen nach Art der Bergarbeiterkoalition, wodurch der Geschlossenheit der Unternehmer die Geschlossenheit der Arbeiter entgegengestellt werden kann. Wer das nicht sieht, ist blind für die Voraussetzungen erfolgreicher gewerkschaftlicher Kämpfe in diesem Staate und nicht gewillt, eine Lehre zu ziehen, die sich jedem aufdrängt, dem die Ueberwindung des gegenwärtigen Schwächezustandes der Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei am Herzen liegt. Nicht weil ein Teil der Bergarbeiter etwa einer Partei nahesteht, die in der Regierung ist und an der Staatsgewalt Anteil hat, ist der Kampf der Bergarbeiter erfolgreich ausgefallen. Wenn auch kein Bergarbeiter

politisch hinter der bestehenden Regierung stünde, die Gesamtheit der Bergarbeiter wäre eine Macht, an der keine Regierung vorübergehen könnte. Die Einheit und unzerbrechliche Einigkeit der Bergarbeiter war die Kraftquelle, welcher der Erfolg in diesem opferreichen Kampfe entsprang. Tache der Arbeiter-

schaft aller anderen Berufe ist es, dem Beispiel der Bergarbeiter zu folgen und sich die Organisationsformen zu schaffen, die zur Führung gewerkschaftlicher Kämpfe in einem Staate, der Arbeiter verschiedener Nationen und politischer Anschauungen umfasst, unbedingt notwendig sind. Es ist das nächste Ziel, dem wir zustreben müssen.

Arbeitslosigkeit, Not und Teuerung.

Unsere Abgeordneten gegen die Untätigkeit der Regierung.

In der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses werden die Abgeordneten Genossen Schuster, Dietl und Cermal folgende dringliche Interpellation an die Gesamtregierung betreffend Maßnahmen gegen die Folgen der anhaltenden Wirtschaftskrise und gegen die Teuerung richten:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Tschechoslowakei sind noch ungemein trübselig. Zwar ist zu wiederholten Malen von einzelnen Regierungsstellen angekündigt worden, daß die Staatsverwaltung mit den notwendigen Mitteln auf eine Milderung der Wirtschaftskrise hinarbeiten werde. Es wurden Maßnahmen in Aussicht gestellt, die zur Behebung der Industrie dienen sollten, doch ist es bei den bloßen Versicherungen geblieben. Einzelne große Industriezweige werden auch jetzt noch stark von einer

schweren Absatzstörung

mitgenommen. Im Verlaufe der Wirtschaftskrise durch den Mangel an Absatz erzwungene Betriebsbeschränkungen konnten nur in den vereinzelten Fällen behoben werden. Die Zahl der Arbeitslosen geht noch immer in die Hunderttausende, dazu kommt noch die große Masse der Kurzarbeiter. Von einer durchgreifenden Wendung zum Besseren ist wenig oder nichts zu spüren. Die Ausweisung des Ministeriums für soziale Fürsorge über die Zahl der beschäftigungslosen Personen, die staatliche Arbeitslosenunterstützung beziehen, geben kein richtiges Bild von dem Umfange der Arbeitslosigkeit in dem Gebiete der Republik. Es werden in dieser Aufstellung der Arbeitslosen jene nicht mitgezählt, die aus dem Bezuge der staatlichen Unterstützung ausgeschlossen wurden, aber noch immer ohne Erwerb dastehen. Für manche Bezirke ist ohne Rücksicht auf die noch vorhandenen Arbeitslosen die staatliche Unterstützung einfach aufgehoben worden. In dem Bestreben, die Ausgaben für Arbeitslosenfürsorge nach den Weisungen der Zentralbehörden zu drosseln, werden zweifellos bezugsberechtigte Arbeitslose von den politischen Verwaltungsbehörden mit ihrem Anspruch abgewiesen. Vielen Opfern der Wirtschaftskrise versagt der Staat seine Hilfe, um an den Ausgaben für Arbeitslosenfürsorge zu sparen.

Er sorgt aber auch nicht in entsprechender Weise für Arbeitslosigkeit und bleibt mit den in Aussicht gestellten umfangreichen

Notstandsarbeiten weit im Rückstand.

Erst ein Teil des vom Minister für öffentliche Arbeiten im Abgeordnetenhause vor vielen Monaten in Aussicht gestellten großen Investitionsplanes ist bisher zur Ausführung gekommen. Immer wieder werden diese Arbeiten unter dem Vorwande, daß die Mittel dazu nicht vorhanden seien, verzögert. Was auch immer zur Beschleunigung von Notstandsarbeiten von der Arbeiterschaft und deren Organisationen in den letzten Monaten unternommen wurde, es hat leider nur in wenigen Fällen zu einem Erfolge geführt.

Die in der Industrie vorherrschenden und anhaltenden krisenhaften Zustände sind es aber nicht allein, die auf den Arbeitern und Angestellten lasten und ihre Lage schwer beeinträchtigen. Es hält die

Lebensmittelteuerung

an, gegen welche mit allen Nachmitteln des Staates anzukämpfen, mehrfach von der Regierung versprochen worden ist. Unter Berufung darauf, daß durch das Steigen des Kurzes der tschechoslowakischen Krone in den Sommermonaten des Vorjahres sicher eine Preiserhöhung auf dem inländischen Warenmarkte eintreten wird, haben die Unternehmer, dem Beispiele der Staatsverwaltung folgend, in allen Industriegruppen und zuletzt erst im Bergbau den Arbeitern Lohnkürzungen ausgezwungen. Während der amtliche Index für die Monate September bis Dezember 1922 einen Rückgang der Lebensmittel von 1105 auf 934 Punkte ausweist und im August 1923 auf 892 Punkte fällt, zeigt der September schon eine Steigerung auf 903, also um elf Punkte und diese Steigerung findet auf dem Lebensmittelmarkte eine erschreckende Fortsetzung. Genau dieselbe Tendenz zeigt sich in der Indexgruppe „Bekleidung“. Und merkwürdigerweise geht die Teuerung trotz Lohnabbau, Herabsetzung der Kohlenpreise usw. von den Produzenten aus, getragen von dem Bestreben, an der Weltkonjunktur teilzunehmen, das heißt, höhere Gewinne zu erzielen. Ein typisches Beispiel dafür bietet die Zuckerindustrie. In wenigen Tagen haben die Raffinerien den Zuckerpreis dreimal erhöht, haben die Verkaufskonditionen zu ihren Gunsten abgeändert und beileben sich, im Ausland ihr verfügbares Kontingent abzusetzen, solange der Weltmarktpreis für sie günstig ist. Hier eingzugreifen ist

Aufgabe der Regierung.

wobei sie aber vor allem den Rohzuckerpreis für den Inlandsbedarf herabdrücken müßte. Ueberhaupt müßte es die vornehmste und wichtigste Aufgabe der Regierung bilden, den reduzierten Kohlenpreis in allen Erzeugnissen zur Auswirkung zu bringen.

Die Regierung hat auch hier ihre gemachten Versprechungen nicht eingelöst. Sie selbst hätte zur Behebung der Industrie und zur Förderung der gesamten Volkswirtschaft preisbaue und in der Postverwaltung und in der Eisenbahnverwaltung vorgehen müssen. Zwar ist der Bevölkerung in feierlichster Form schon vor vielen Monaten versprochen worden, daß man Tarifermäßigungen auf den Bahnen durchzuführen wolle. Eine Ermäßigung der Posttarife wurde gleichfalls in Aussicht gestellt. Die Staatsverwaltung ist aber bis heute die Erfüllung dieser Versprechungen schuldig geblieben. Selbst jetzt zögert sie noch mit einer durchgreifenden Herabsetzung der Tariffäge auf den Bahnen, obwohl seit der Beendigung des Bergarbeiterstreiks die Kohle billiger geworden ist. Zudem sind die Eisenbahntarife auf den tschechoslowakischen Bahnen die höchsten, die es in Europa gibt.

Aus allen diesen Gründen fragen die Interpellanten die Gesamtregierung:

- 1. Ob sie bereit ist, die feinerzeit in Aussicht gestellte Fürsorge für die Arbeitslosen den dringenden, unabweisbaren Bedürfnissen entsprechend auszubauen und die dazu nötigen Mittel bereitzustellen?
2. Ob sie bereit ist, die notwendigen Mittel flüssig zu machen, damit das vor Monaten im Abgeordnetenhause mitgeteilte umfangreiche Investitionsprogramm ohne Kürzungen und rasch durchgeführt werden kann?
3. Ob sie gewillt ist, in der auswärtigen und staatlichen Wirtschaftspolitik jene Wege einzuschlagen, die zu einer Behebung der Industrie führen und die Beschäftigungsmöglichkeiten vermehren?
4. Ob sie bereit ist, mit einem Preisabbau in allen Betrieben der staatlichen Eigenregie vorzugehen?
5. Ob sie mit allen staatlichen Mitteln bereit und entschlossen ist, der Teuerung entgegenzuwirken und eine Verbilligung aller unentbehrlichen Verbrauchartikel herbeizuführen?

Bluthunde an der Arbeit.

Hunger und Verzweiflung verleiten zu Blinderungen — Polizei und Reichswehr schaffen „Ordnung“.

Bodum, 27. Oktober. (Sabas.) Die Polizei „zerstreute“ Manifestanten, wobei zwanzig Personen getötet und 15 verwundet wurden.

Berlin, 27. Oktober. Ein schwerer Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und Polizei ereignete sich in Essen. Die Polizei wurde von der Menge angegriffen und mit Steinen beworfen. Ein mit Polizeibeamten besetzter Straßenzug wurde umgeworfen. Mehrere Straßenzüge wurden angehalten und als Barrikade benützt. Die Polizei „mühte“ sich, die Menge zu zerstreuen. Es sollen dabei fünf Personen getötet und 16 verletzt worden sein. Nach einer anderen Version soll die Zahl der Toten sieben und die der Verwundenen 30 betragen.

Die Arbeiterschaft der Struppwerke unternahm den Versuch, sich der Direktionsbüros zu bemächtigen. Die Schutzpolizei erschoss drei Personen und verletzte 20.

In Duisburg sprengte die Polizei eine Versammlung arbeitsloser Kommunisten auseinander. Hierbei wurde eine Person getötet und 20 verletzt.

In Düsseldorf kam es gestern zu schweren Lebensmittelunruhen, in deren Verlauf die Menge Fenstersteine zertrümmerte und Geschäfte zu plündern versuchte. Die Polizei räumte die Straßen in kurzer Zeit. Hierbei wurde ein Mann getötet. In den Stadtteilen Oberbilk und Derendorf wurden Fuhrwerke auf offener Straße ausgeplündert.

Die Internationale Reparationskonferenz.

Gesicherte Teilnahme von England, Amerika, Frankreich, Italien, Belgien.

London, 26. Oktober. (Sabas.) Das Ministerium des Aeußern erhielt die Antwort Frankreichs, welche einem neuen Zusammenarbeiten von Sachverständigen zustimmt. Man hält dafür, daß Belgien in gleicher Weise die Antwort erteilt. — Weiter erfährt, in britischen Kreisen sei man bezüglich der Einberufung einer internationalen Reparationskonferenz hoffnungsvoll gestimmt.

Die Reparationsfrage. Von zuständiger Seite wird erklärt, daß, sofern die Lage sich in diesem Sinne weiter entwickle, es als sicher erscheine, daß die mit Zustimmung der Washingtoner Regierung zu erneuenden amerikanischen Sachverständigen dem Ausschuss als Mitglieder beitreten werden.

Englands und Amerikas Sachverständige

London, 27. Oktober. (Sabas.) „Evening News“ berichtet, daß England in die proponierte Sachverständigenkommission Lord Curzon und Bradbury, Amerika den Senator Root und Pierpont Morgan unter dem Vorbehalt, daß der amerikanische Kongress seine Zustimmung erteilt, entsenden wird.

Die „Bä'ische Republik“ erledigt.

Speyer, 26. Oktober. (Wolff.) Bei der heutigen Besprechung mit den Vertretern des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Pfalz stellte der Kreisdelegierte General de Meß fest, daß ihm die Sozialdemokraten Kleesoot, Wagner und Hoffmann mitgeteilt hätten, ihren vor einigen Tagen unterbreiteten Beschluß nicht weiter befolgen zu können und fragen, ob nunmehr jemand

journalistisch und agitatorisch tendenziös. Der Sozialismus, der Kommunismus, die Arbeiterbewegung, das trübe Schicksal der armen Landbevölkerung, der Dezemberputsch 1920, dies alles sind der Marie Majerova nur Mittel zur Erreichung des künstlerischen Zweckes. Sie weiß in die Frauenseele ein ubringen und versucht es in diesem Buche gut, die Familienverhältnisse eines rohen Müllers zu schildern. Seine Tochter Lenka wird zur Sozialistin und später zur Kommunistin. Sie sah das Elend der kleinen Häusler, wollte den leidenden Menschen hilfreich beistehen und neben ihrem Altruismus war es der sozialistische Agitator Borek, welcher sie an der Hand zum Sozialismus führte. Aber außer ihm bewirkt sich um sie ein Bürgerhübschen. Demselben wendet Lenka plötzlich ihre bis dahin für den Genossen Borek gefasste Liebe zu, um so mehr, als sich Borek auf die Seite der Rechtssozialisten stellt, während Lenka in ihrem Radikalismus nach links sich verschlägt. Diese jähe und gewaltsam eingefügte Abkehr Lenkas von dem sie liebenden Sozialdemokraten ist psychologisch unbegründet und wirkt in dem Roman störend. Auch in dem Heimatsdorf der Lenka brachen im Dezember 1920 Unruhen aus. Die Landarbeiter „sozialisierten“ ein Gut, im Namen der Revolution, der Freiheit und der Gleichheit“ und Lenka hielt an sie eine Ansprache, beginnend mit den Worten: „Eure Stunde ist gekommen, ihr Sklaven der Erde!“ Da fällt Lenka, tödlich verwundet durch den Schuß des Gutsbesizers, der sie auch schon früher aus erotischer Gier verfolgt hatte. Der Roman Emil Bachs „Novakina“ („Der Ambok“, Verlag A. Otto, Prag) ist von einer anderen Art. Obwohl auch er ein sozialer

Roman genannt werden kann, findet man in ihm keine den künstlerischen Wert beeinträchtigende Tendenz. Der Naturalismus, als dessen Vertreter Emil Bach gilt, ist hier von einem primitivistischen Romantismus durchsetzt, welcher streicht u. liebt. Jilbar, ein Fabrikantensohn, verliebt seine Familie und seine bürgerliche Frau, lebte in der Stadt wie alle Arbeitslosen, litt Hunger und Elend, ließ sich von einer Prostituierten sättigen und fiel von Stufe zu Stufe. Ein braver Allner, den er nebenbei als Zehnpfeller betrogen hatte, rettete ihn aber und brachte ihn wieder der menschlichen Gesellschaft näher. Als dieser Kellner in seinen Heimatsort im Böhmerwald zurückkehrte, um dort, krank und von der Stadt ermüdet, eine Tage in der Natur zu verbringen, folgte ihm Jilbar nach manchen Irrungen. Er, ein städtischer Intelligenzler, lebte dann in dem weltfremden Dorfe unter Holzhauern wie ein Holzhauer, stüßlich durch die stetige physische Arbeit und an der Seite eines schlichten Weibes, welches ihm mit ihrer Liebe die menschliche Würde zurückbrachte. Der Mensch muß zur „Bescheidenheit, Einfachheit, zum Herzen und zur Kindheit zurückkehren. Man muß einfach wie die Blume sein, wie ein Tier, wie der Strom, man braucht das Leben weder zu feiern, noch es zu versuchen, zu unterschätzen oder zu überschätzen, weder zu verderben noch zu verschönern, man muß es nehmen, wie es ist, in seiner einfachen Klarheit, in seiner kindlichen Geradsicht, in seiner naiven Grausamkeit.“ Das ist Bachs Lebensphilosophie, welche sein Jilbar predigt. Also eine ähnliche Heilung der großstädtischen seelischen Schmerzen durch die Demut und Schlichtheit des Lebens wie bei der „Kenate Fuchs“ von Jakob Wassermann.

Poincarés Rheinland-Regierung.

Paris, 27. Oktober. (Sabas.) Das „Journal“ meldet aus Mainz, daß sich die „Rheinregierung“ unter Vorsitz Matthes konstituiert habe. Außenminister ist Medgen. Außerdem sind im Kabinett noch weitere sechs Minister. Guthart wurde zum Generalkommissar in der belgischen Zone ernannt.

In Trier haben die Sonderbündler ein Direktorium gebildet. Rathaus und Regierungsgebäude sind noch immer besetzt. Die Sonderbündler werden von den Franzosen beschützt. Die städtischen Angestellten haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen, doch ist von dem französischen Kommandanten der Besatzung erlangt, mit den Sonderbündlern zusammenzuarbeiten.

Das Urteil im Rührer-Prozess.

Kottbus, 27. Oktober. (Wolff.) Im Hochverratsprozeß Buchruder und Genossen wurde heute das Urteil gefällt. Buchruder erhielt zehn Jahre Festungshaft und 100 Milliarden Mark Geldstrafe. Derzger wurde zu zwei Jahren und sechs Monaten, Dahn zu acht Monaten, die anderen Angeklagten zu drei Monaten bis zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Bunder über Bunder.

Die Reichsregierung gegen Kahr.

Berlin, 26. Oktober. (Wolff.) In der Ablehnung Kahrs, mit der derzeitigen Reichsregierung zu verhandeln, wird mitgeteilt: Diese Erklärung ist belanglos, denn die Verletzung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Kahr, der lediglich die ausübenden Funktionen des Ausnahmezustandes versieht. Umso unverantwortlicher ist es, wenn Kahr sich dem Wunsch der Reichsregierung, dem einmütigen Wunsch der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten ausgesprochenen Wunsch der bayerischen Staatsregierung, die Reichseinheit zu sichern, durch sein Verhalten faktisch widersetzt. Sein Verhalten ist eine Unmahnung, die in seiner Stellung keine Begründung findet und die die Reichsregierung zurückweist.

Die Volkspartei rückt von Kahr ab.

Berlin, 27. Oktober. Die das „Berliner Tageblatt“ aus München meldet, fand heute im Landtage eine Parteistimmung der bayerischen Volkspartei statt, welcher der bayerische Ministerpräsident Knilling bewohnte. Gutem Vernehmen nach soll sich die überwiegende Mehrheit der Partei auf seine Seite gestellt und den Vorstoß Kahrs gegen die Verhandlungsbereitschaft Bayerns verurteilt haben.

68 sozialdemokratische Nationalräte in Oesterreich

Wien, 27. Oktober. (Eigenbericht.) Die Anzahl der sozialdemokratischen Nationalratsmandate hat sich durch ein weiteres Mandat, das der Partei im Burgenland zugesprochen wurde, von 67 auf 68 erhöht. Obwohl die strittigen Fragen über die Anerkennung der Restimmenmandate noch nicht erledigt sind, dürfte der neue Nationalrat aus 68 Sozialdemokraten, 82 Christlichsozialen und 15 Großdeutschen und Landbündlern bestehen. Die Christlichsozialen haben ihr Wiener Restimmenmandat dem Führer der Monarchisten, dem ehemaligen Gesandten Ernst Wense, überlassen.

Austritt der holländischen Regierung.

Haag, 28. Oktober. (Sabas.) Das Kabinett überreichte seine Demission, da die Kammer den Gesetzentwurf betreffend die indische Flotte ablehnt hat.

Inland.

Eine patriotische Kundgebung der Kommunisten.

In den Lobgesang auf Masaryk und Benesch, der sich anlässlich des fünfjährigen Jahrestages der Gründung der Republik erhebt, stimmt — was wohl festgehalten zu werden verdient — auch das „Rude Pravo“, das Zentralorgan der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei mit einem Leitartikel ein, in dem es unter anderem sagt:

„Es läßt sich nicht bezweifeln, daß es der Politik Masaryk-Benesch gelungen ist, die Tschechoslowakische Republik von den anderen Nachfolgestaaten zu unterscheiden und sie zum relativ festesten Staat neben Jugoslawien, Rumänien und Polen, welche Balkancharakter tragen, zu machen. Wenn sie auch nicht den Mut haben, den demokratischen Charakter des Staates zu betonen, so machen diese Staatsmänner doch nur die Politik der klugen Mitte, da sie sich gegen die Intervention in Rußland stellen und gegen das nationalistische Treiben der Bourgeoisie, deren Repräsentant Kramarj Sowjetrußland unterdrücken wollte und am Strabschin unter Nachahmung der Diktatur Mussolinis ein vollständig reaktionäres Regime errichten wollte.“

Das hohe Lied auf die Politik des Herrn Benesch aus kommunistischer Feder ist wohl das bestliche Ergebnis der jüngsten tschechoslowakischen Auslandsreise. Daß die Tschechoslowakei „im Guten wie im Bösen“ zu Frankreich steht,

nennt das „Rude Pravo“ eine Politik der „klugen Mitte“. Man muß sich, um diese kommunistische Manifestation für Benesch richtig einzuschätzen, daran erinnern, wie die Kommunisten noch vor gar nicht langer Zeit Sturm gegen die Außenpolitik des Herrn Benesch liefen, insbesondere und gerade gegen die Interventionspolitik in Sowjetrußland. Und man muß dieser Sympathieäußerung für Benesch das kommunistische Urteil über die Reise Masaryks und Benesch gegenüberstellen. Unter dem Titel „Die kontrevolutionäre Tschechoslowakei“ gab eben gestern erst der Reichsberger „Vorwärts“ eine Meldung der „Humanität“ wieder, in der es heißt:

„Die Berichte über die diplomatischen und gesellschaftlichen Empfänge machen klar einigen brutalen Feststellungen und es ist interessant, sie zu wiederholen. Es wird heute offen zugegeben, daß der Besuch des Herrn Masaryk das Offensiv- und Defensivbündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei besiegelt. Die Operationsbasis Rhein-Donau, welche die französische Diplomatie verwirklichen will, indem sie sich auf München und Wien stützt, verlagert sich in Prag und Warschau. Die Einkreisung Deutschlands ist dergestalt gesichert.“

Gegen diese etwaige Einkreisung Deutschlands schrieben sich die kommunistischen Redakteure in den letzten Tagen die Finger wund. „Wir verlangen“, schrieb eben dieser „Vorwärts“ gestern, „daß die tschechoslowakische Regierung gegen die deutsche Revolution nicht vorgehen soll“ — die Gefahr wird mit den eindringlichen Worten geschildert — und das „Rude Pravo“ lobt die Politik des Herrn Benesch, ist von der „klugen Mitte“ geradezu begeistert.

Wir glauben, die kommunistische Inkonsistenz nicht näher erläutern zu müssen. Smeral, auch ein „kluger Mittelmann“, wird wohl wissen, warum er den Herrn Benesch also beglückwünscht.

Ein Jahr später.

Die deutschen Nationalsozialisten waren befaßlich diejenigen, die zuerst die Art an den Parlamentarischen Verband legten. Als er zertrümmert war, jubelten sie förmlich auf. Wir sagten es damals schon voraus, daß dieser Komödie der „Befreiung“ sehr bald wieder die neuerliche Vereinigung folgen werde. Wie recht wir damit hatten, zeigte sich schon vor Monaten, als die Nationalsozialisten plötzlich die Sprengung des Verbandes, die sie selber herbeigeführt hatten, als verfrüht bezeichneten. Und weils zu früh war, gehören sie jetzt wieder zu jenen, die Lange um Lange für den neuerlichen parlamentarischen Zusammenbruch brechen. Samstag veröffentlichte der Abgeordnete Pachel in der „Reichsberger Zeitung“ einen Leitartikel, in dem er, bedauernd feststellt, daß „die deutschen (siez: deutschbürgerlichen) Parteien“ seit der Auflösung des Deutschen parlamentarischen Verbandes keinerlei politisches Bindemittel besitzen. Die „Zusammenfassung aller Kräfte“ sei aber notwendig. Die Nationalsozialisten sind ein Jahr, nachdem sie den Verband gesprengt haben, wiederum beim Leimen. Schade nur, daß sie hierbei kein Glück haben. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, wurde ihnen, als sie sich an den Verhandlungen, die die bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus führten, beteiligen wollten, zu verstehen gegeben, daß ihre Anwesenheit unerwünscht ist.

Die Kommunisten zur Sozialversicherung.

Die kommunistische Partei veröffentlicht im „Rude Pravo“ ihren Standpunkt zur Regierungsvorlage über die Kranken-, Invaliden- u. Altersversicherung der Arbeiterschaft. Aus dem umfangreichen Elaborat geht hervor, daß die kommunistische Partei nicht gegen die Sozialversicherung Stellung nimmt, daß sie aber gegen jedwede Nebenabsichten und Pläne, welche einige Parteien mit der Fertigstellung der Sozialversicherung verbinden und welche imstande sind, die Sozialversicherung völlig zu entwerten, auftritt. Die kommunistische Partei will eine gesunde und starke Sozialversicherung. Sie ist entschieden gegen jedwede Verschleppung der Sozialversicherung und besonders dagegen, daß die Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter und Angestellten erst in Kraft tritt, bis die Versicherung der selbständig erwerbenden Personen geschaffen ist. Das Blatt schließt: die kommunistische Partei ist sich bewußt, daß eine ordentliche Sozialversicherung nicht durch ein Kompromiß zu erreichen ist, sondern durch den Kampf der gesamten Arbeiterschaft, durch den Kampf aller sozialistischen Parteien. Sie wendet sich daher an die Arbeiterschaft ohne Unterschied der politischen Überzeugung mit der Aufforderung, ihre Vertreter und Führer zu veranlassen, gemeinsam mit den Vertretern der anderen sozialistischen Parteien den Kampf für eine bessere Sozialversicherung zu eröffnen.

Vor Seßionsbeginn. Die Beratungen der deutschbürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus, an denen die Landbündler, die Christlichsozialen, die Deutschdemokraten und der Gewerbetreibenden teilnehmen, dauern fort. Die Verhandlungen dürften mit der Gründung irgend einer „Arbeitsgemeinschaft“ endigen. Den deutschen Nationalsozialisten, die sich an den Verhandlungen beteiligen wollten, wurde, wie wir schon an anderer Stelle anführen, die Tür geschlossen. — In den Kreisen der mährischen tschechischen Abgeordneten wird über die Gründung einer neuen Verbindung der aus Mähren stammenden Abgeordneten aller Koalitionsparteien beraten. Die Vereinigung, die den Namen „Mo-

rabské slo“ tragen soll, will die mährischen Forderungen, die angeblich von Prag ignoriert wurden, verteidigen. Besonders der Abgeordnete Stanek propagiert den Plan, die Mährer, ähnlich wie dies im österreichischen Reichsrat war zusammenzufassen. — Zum Obann des Volksangeausschusses der koalitierten Parteien für den Monat November wurde der Vorsitzende des Klubs der tschechischen Nationalsozialisten Slavicek bestimmt.

Bürgermeisterwahl in Karlsbad. Bei der Bürgermeisterwahl wurde zum Bürgermeister Herr Hermann Jakob (deutsche Nationalpartei), zum ersten Stellvertreter Schriftleiter Alfred Doroschkin (Deutschnational) und zum zweiten Stellvertreter Ing. Ludwig Staindl (Deutschdemokrat) gewählt. Zu Stadträten wurden gewählt von der Nationalpartei Heinrich Feiler, Ernst Funk, Georg Haas, von den Nationalsozialisten Prof. Geier und Karl Ullmann, von den Christlichsozialen Max Eberl und von unseren Genossen Eugen de Witte, Dr. Oskar Simon und Josef Koll.

Die tschechische Neuerungspresse über die österreichischen Wahlen. Das Organ des Ministerpräsidenten Svehla, der „Venkov“, widmet dem österreichischen Wahlergebnis eine ausführliche Betrachtung, indem er den Wahlausfall als einen Sieg des republikanischen Gedankens bezeichnet. Für Oesterreich und die Staaten der Kleinen Entente gebe es nichts Bequemeres und Angenehmeres, als die Existenz zweier mächtiger und fast gleich starker österreichischer Parteien, von denen die eine den Radikalismus, der anderen bremst, während die andere die monarchistischen Gelüste der Gegenpartei gleich im Keime erstickt. Dieses Gleichgewicht sei für Jahre hinaus die beste Garantie für eine friedliche Entwicklung der Donaurepublik.

Der ewige Streit um den Hussiertag. „Cesta Slovo“ veröffentlicht eine Zuschrift aus evangelischen Kreisen bezüglich des Hussiertages. Die Verwaltungsorgane der gesamten evangelischen Kirche sollen sofort Massenaaktionen bei der Regierung unternehmen, sonst solle die Schande auf die Kirche ruhen, daß sie ihren Meister und seine heilige Lehre verleugne. Der Kongreß der tschechoslowakischen Evangelisten in Prag trat nämlich freiwillig von der „allnationalen Forderung“ zurück, den Tag der Geburt und des Märtyrertodes des Magisters Johann Hus als Nationalfeiertag zu erklären.

Eine Konferenz der karpatenrussischen Agrarpartei beschloß bei einer Tagung in Munkacs, die formale Selbständigkeit ihrer Partei aufzulösen und sich mit den tschechoslowakischen Agrariern zu vereinen. Zu beachten ist, daß von der genannten Partei die karpatenrussische Kleinbauernpartei (Chilborob) zu unterscheiden ist, welche den Großteil der Landbevölkerung vereinigt. Die „Selo“ mittelt, verteilt das Ackerbauministerium am 1. Jänner 1924 durch das Bodenamt 32.600 Morgen Boden im Theißdale an amerikanische Ruthenen, die in ihre Heimat zurückkehren.

Zum Brünner Wohnungselend.

Von Vizebürgermeister Otto Katschinka (Brünn).

Seit dem Umsturz und der damit verbundenen Heimkehr der im Kriege gestandenen Soldaten herrscht in Brünn schweres Wohnungselend. Sie wurde noch verstärkt durch den Zustrom an neuen Familien, deren Ernährer hier in Brünn Anstellung und Beschäftigung fanden. In den ersten Jahren bestand noch das Recht der Wohnungsamter, leerstehende Wohnungen, sowie solche Wohnungen, die das gesetzlich bestimmte Raumausmaß im Verhältnis zur Kopfzahl der Familie überstiegen, zu beschlagnahmen. Doch seit 1. Juli 1921 ist den Wohnungsamtern dieses Recht genommen und seit dieser Zeit stehen die Gemeinden dem furchtbaren Wohnungselend völlig rat- und hilflos gegenüber. Vielfach ist die Ansicht verbreitet, daß die von Jahr zu Jahr wachsende private Bautätigkeit im Laufe weniger Jahre das Wohnungselend wird zu beseitigen vermögen. Diese Ansicht ist jedoch völlig irrig. Wohl erstreckt in Brünn Jahr um Jahr eine Anzahl Häuser, allein es sind dies in ihrer überwiegenden Mehrzahl Wohnungen mit drei und mehr Zimmern, für welche Mietzins gezahlt werden, die für eine Festangestellten ebensowenig unerschwinglich sind, wie für den Arbeiter. Zum Beweise daß das Wohnungselend fünf Jahre nach diesem Umsturz noch immer geradezu schreckend genannt werden muß, einige Zahlen:

Beim Brünner Wohnungsamte haben sich im letzten Jahre um Zuweisung einer Wohnung nicht weniger als 1525 Parteien gemeldet. Davon konnten 32 Parteien in den zwei neuen Häusern untergebracht werden, die die Gemeinde in der Karthäuserstraße erbaut hat. Acht Wohnungen mußten — da die Gebäude mit Staatshilfe gebaut worden waren — dem Staate zur Vergebung an Staatsangestellte überlassen werden. Innerhalb eines Jahres hat die Gemeinde 77 Wohnungen errichtet, teils in unbenutzten Häusern des städtischen Gaswerkes, teils in verschiedenen anderen, der Gemeinde gehörigen Gebäuden. Es sind dies Notwohnungen aller primitivster Art, die den Namen „Wohnung“ in vielen Fällen kaum verdienen: Holzstammern, die eben die bedauerlichste Art der Wohnungselend vielfach kaum noldürftig vor Wind und Wetter schützen, die aber von jenen unglücklichen, denen sie zugewiesen worden sind, trotz aller Mängel als Wohlstand empfunden werden. Etwas besser sind die Wohnungen und Baracken gegenüber der tschechischen Technik. Die wurden von der Gemeinde dem Militärärz abgekauft und zu Wohnzwecken

adaptiert. Insgesamt haben dort 43 Parteien Unterkunft gefunden. Für Wohnzwecke hergerichtet wurde auch die unter den Baracken befindliche Hufschmiede, und zwar wurde dort neben zwei anderen Parteien ein Staatsbeamter mit seiner fünfköpfigen Familie untergebracht. Weisend ist, daß auch um die für Wohnzwecke völlig ungeeignete feucht-dunnpflege Torenlammer, die mit zu dem Komplex gehört, unter den Wohnungslosen ein geradezu rasender Wettbewerb existiert und einige Parteien sich sofort freiwillig erbötig machten, die notwendigen Adaptierungsarbeiten auf eigene Kosten vornehmen zu lassen! Insgesamt sind in den städtischen Notwohnungen — einschließlich der vorgenannten Baracken — 120 Parteien untergebracht worden. Ein Tropfen auf einem heißen Stein!

Ja, es muß sogar leider festgestellt werden, daß diese Zahl nicht einmal an die jener Parteien heranreicht, die inzwischen allein durch Delogierung obdachlos geworden sind. Denn seit 1. Oktober 1922 bis heute sind auf dem Wege gerichtlicher Delogierung allein 197 Parteien ihres schützenden Daches beraubt worden. Die größte Zahl dieser Parteien wurde im Mai d. J. von dem harten Schicksal ereilt, da das neue Gesetz über die außerordentlichen Unterstützungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge, das mit 1. Mai d. J. in Kraft getreten ist, den Verurteilten unterlag, der gekündigten Partei einen mehr als dreimaligen Wohnungsausschub zu gewähren und viele Parteien bis dahin den dreimaligen Ausschub bereits erhalten hatten, das heißt, von der sofortigen Delogierung erlitten wurden. Einen großen Teil der Delogierten stellen Ziegelarbeiter, die mit der Entlassung infolge Arbeitsmangels auch den Anspruch auf ihre Dienstwohnung verloren haben, und Kstermieter, die durch Kündigung der Wohnungswechsel der Hauptpartei auch um ihre Wohnung als Kstermieter gekommen sind, also vollkommen schuldlos von der Delogierung betroffen wurden.

Ist es also der Gemeinde im abgelassenen Jahre durch die Errichtung der Notwohnungen und die Erbauung der zwei in der Karthäuserstraße erbauten Zinshäuser nur gelungen, 156 Parteien ein schützendes Dach zu spenden, so läßt sich leicht das Los derer ausmalen, die keine, auch nicht einmal eine Notwohnung erhalten konnten. Welche Elendsbilder bieten sich demjenigen, der die Quartiere dieser Unglücklichen besucht. In einer Wohnung, bestehend aus immer und Küche, sind nicht selten drei bis vier Familien mit insgesamt zehn, zwölf und mehr Köpfen — dazu nicht selten noch ein oder der andere Kstermieter — untergebracht. Erwachsene beiderlei Geschlechtes und jeden Alters, Eheleute und Kinder und Jugendliche, alles bunt durcheinandergewürfelt, in unheimlicher Enge! Man kann sich denken, welcher Szenen und Vorgänge die Kinder da Zeuge sind und es ist nicht schwer, sich die Folgen auszumalen, die solche Zustände auf die sittliche Entwicklung der Kinder haben müssen.

Eine große Zahl von Familien ist durch die Wohnungsnot völlig zerrissen worden. Die Mutter ist irgendwo zu Bett, der Vater schläft ebenfalls bei Fremden, die Kinder sind — oftmals auch wieder getrennt — bei Verwandten oder Bekannten in Pilsge! Wie „gefesselt“ dadurch das Band der Ehe wird, liegt auf der Hand und wie es um den erzieherischen Einfluß der Eltern auf die Kinder unter solchen Verhältnissen bestellt ist, ist klar. An den moralischen und gesundheitlichen Folgen dieses Wohnungselendes wird eine ganze Generation zu tragen haben.

In dem Asyl in der Wienergasse, das bei seiner Errichtung und noch bis in das letzte Jahr überhaupt nur zur Beherbergung durchziehender Fremder bestimmt und benützt worden war, wohnen jetzt nach Brünn zuziehende, hier ständig schaffende Familien, die auch der Wohnungsnot zum Opfer gefallen sind. Unter anderem ein älteres Fräulein mit ihrer achtzigjährigen Mutter, eine hochschwangere Frau mit zwei Kindern. Sie alle werden der vom Stifter des Asyls unter ganz anderen Voraussetzungen geschaffenen „Hausordnung“ zufolge Tag für Tag im Sommer um 5 Uhr, im Winter um 6 Uhr morgens hinausgejagt auf die Straße und dürfen erst um 7 Uhr, bezw. um 6 Uhr abends wieder in das Asyl zurückkehren, die alle achtzigjährige Brünnerin genau so, wie die schwangere Frau, die sich dieser Tage in die Gebärdanstalt begab, und ihre schulpflichtigen Kinder. Diese müssen sich täglich zwei Stunden vor Schulbeginn auf der Straße herumtreiben in Kälte, Nässe und Wind, das alte Mütterchen, das kaum gehen kann, muß jetzt die Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends teils in der Kirche abhaken, teils in einem Volkskaffeehaus oder bei mitleidigen Bekannten, die der armen Greisin auf einige Stunden ein schützendes Obdach gewähren! Und noch immer gibt es trotz der rauhen Jahreszeit einzelne Personen und auch Familien, die draußen im Freien, in einer Hufschmiede, unter einer Scheune oder im Schreibwald übernachten!

Diese schütterlichen Bilder mögen zeigen, unter welchen Verhältnissen die meisten jener 1400 Brünner Familien wohnen, denen von der Gemeinde noch keine Wohnung zugewiesen werden konnte. Dabei sind lange nicht alle Wohnungslosen beim städtischen Wohnungsamte gemeldet. Ueber 600 aus der Reichs- der Staatsangestellten sind bei der politischen Landesverwaltung gemeldet und die wohnungslosen ne: gegründeten Familien aus den besser begüterten Ständen haben überhaupt keine Anmeldung vollzogen, sondern bemühen sich auf privatem Wege, eine Wohnung zu finden.

Wie bereits eingangs festgestellt ist, alle Hoffnung, daß durch die Belebung der privaten Bautätigkeit in Brünn der Wohnungsnot ein Ende gemacht werden könnte, vergeblich. Vor dem

Tages-Neuigkeiten.

Kriege sind jährlich durch Neubauten rund 300 neue Wohnungen entstanden. Durch fünf Jahre hat die Bauartigkeit völlig geruht und im Jahre 1919 war sie wegen der hohen Mietkalkulation noch minimal und hat auch heute noch nicht das normale Maß erreicht. Es fehlen also in Brünn ungefähr 2000 Wohnungen, um die während des Krieges zu wenig gebaut worden sind. Dieser Rückstand kann durch die normale private Bauartigkeit in absehbarer Zeit überhaupt nicht ausgeglichen werden, ganz abgesehen davon, daß die in den neuen Häusern entstehenden Wohnungen für die breiten Schichten der Bevölkerung infolge der durch die große Zahl der Räume bedingten Mietzinsen von vornherein nicht in Betracht kommen. In Altermiete kommen Familien derzeit überhaupt nicht unter, weil die Parteien, welche Zimmer vermieten wollen, sie aus Bequemlichkeitsgründen nur an alleinstehende Personen vergeben. Vor Jahren, als die Inhaber größerer Wohnungen noch die Beschlagnahme eines oder mehrerer Räume fürchten mußten, zog sie es freiwillig vor, lieber freiwillig eine Familie aufzunehmen. Doch die Furcht vor Beschlagnahme ist mit dem Erlösen dieses Rechtes eingeeffnet und die obdachlosen Familien klopfen — wenn sie Unterkunft als Altermieter suchen — an verschlossene Türen. Um die wenigen Wohnungen, die durch Ueberfiedlung einzelner Parteien oder durch Wohnungswechsel frei werden, entsteht ein wahnsinniger Wettlauf aus dem Meer derer, die keine Wohnung besitzen und die seit Jahren leider übliche „Ablösungsumme“ hat sich seit Jahresfrist mindestens verdoppelt, ohne daß gerichtlich eingeschritten werden könnte, weil derartige Geschäfte begrifflicherweise ohne Zeugen abgeschlossen werden. Vielfach wird auch der dreifache Jahreszins im voraus verlangt. Die Angehörigen des durch den Krieg völlig proletarisierten Mittelstandes und die Arbeiter, die natürlich außerstande sind, derartige Summen aufzubringen, ziehen dem Wettbewerbs um die leeren Wohnungen natürlich immer den Kürzeren und kehren ununterrichteter Dinge, traurig und verdrossen in ihre martervolles „Heim“ zurück.

Um die Wohnungsnot für Brünn völlig zu beheben, müßten rund 2000 neue Wohnungen geschaffen werden. Die moralische Verpflichtung hierzu besteht natürlich in erster Linie die Gemeinde, die nach dem Gesetze gehalten ist, für die Sicherheit und die Gesundheit ihrer Einwohner zu sorgen. Infolge ihrer ungünstigen finanziellen Lage ist leider den Bemühungen, sie zu einer lebhafteren Bauartigkeit zu bewegen, ein engebrenntes Ziel gesetzt. Immerhin steht zu erwarten, daß die Gemeinde in der nächsten Zeit auf Grund der erfolgten Annahme eines Antrages des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zum Bau einiger Wohnhäuser schreitet. Doch auch dies wird nur ein Tropfen auf einem heißen Stein sein. Es müssen auch Staat und Land, die an der Abhilfe der Wohnungsnot auch in hohem Grade interessiert sind, ebenfalls durch Schaffung einer größeren Zahl von Neubauten mit zur Binderung der Wohnungsnot beitragen. Es wird aber auch Sache der Behörden sein, auch auf die Bank und großen Firmen entsprechend einzuwirken, daß sie einen Teil ihres gewaltigen Vermögens in Wohnbauten investieren und so einem gemeinnützigen Zwecke zur Verfügung stellen.

Der Rücken der Arbeiter.

Ist der selbstlose grüne Tisch, auf welchem die Unternehmer und Spekulanten das Glücksspiel spielen, zu welchem die heutige Produktion geworden ist. Lassalle.

Der „gemäßigtere Volksschullehrer“ und der „einstige Pfeisendreschlergehilfe“. Die Wiener Christlichsozialen würgen an der Enttäuschung vom letzten Wahlsonntag noch immer herum. Wien sollte schwarz werden und — es wurde roter als es war! Da den Römlingen nun der „große Schlag“ mißlungen ist, versuchen sie es auf andere Weise, sich an den verhassten Sozialdemokraten ihr Wütchen zu fählen. So schreibt der Wiener Spezialberichterstatter der Warnsdorfer „Volkzeitung“:

„... Stellen wir zum Schluß ein Resümee über den Ausgang der Wiener Gemeinderatswahlen an, so finden wir es ganz unerklärlich, warum die sozialdemokratische und ihr nahestehende Presse von einem glänzenden Siege jagelt, und weshalb Redner aus offener Straße einen Wahlausgang preisen, der nicht weiter zur Folge hat, als daß der ehemalige gemäßigtere Volksschullehrer Seid den Bürgermeisterstuhl bezieht, den der einstige Pfeisendreschlergehilfe Reumann verläßt, weil er alt und müde geworden ist.“

Dem fanoson Spezialberichterstatter fällt es natürlich nicht ein, über die Verdienste des „gemäßigteren Volksschullehrers“ und des „einstigen Pfeisendreschlergehilfen“ um die Kommune Wien auch nur ein Wort zu sagen. Er will ja auch gar nicht die Wahrheit schreiben, ihm ist nur darum zu tun, wichtige und im Interesse der Allgemeinheit schaffende Genossen in den Augen seiner Leserschaft herabzusetzen. Die Arbeiterschaft aber ist stolz auf den „gemäßigteren Volksschullehrer“ und den „einstigen Pfeisendreschlergehilfen“, die beide für das österreichische Proletariat so viel geleistet haben.

Ein Pfarrer als Wucherer. Wie aus Prohnik gemeldet wird, ist der dortige Pfarrer Dostal-Bukinob wegen Wuchers angeklagt worden, weil er im katholischen Hause einem Friseur einen Raum gegen allzu hohen Zins vermietet hat. — Die Ranzelfämpfer gegen Wucher und Betrug — Motto: Du (nämlich der andächtige Gläubige) sollst nicht... — verstehen es eben in der Praxis anders.

Angeschnitten. Dieser Tage ist der verantwortliche Redakteur der in Auslieferung befindlichen „Internationale“ wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obfolge zu 300 Kronen Geldstrafe und im Uneinbringlichkeitsfalle zu 30 Tagen verurteilt worden. Zugrunde lagen diesem Gerichtsfalle Beschimpfungen, die in der „Internationale“ dem Ausfiker Genossen Pöcapla vor einiger Zeit nach einer Versammlung über den Hamburger Kongreß angehängt wurden. Als dann die „Internationale“ im „Volkrecht“ entsprechend zurückgewiesen wurde, erklärte das kommunistische Blatt, es kenne den Namen und die Adresse des Verfassers der Beschimpfungen gegen Pöcapla, dieser möge nur klagen, man werde ihm gern im Gerichtssaal Rede und Antwort stehen. Genosse Pöcapla klagte. Die „Internationale“ und ihr Redakteur aber hatten da auf einmal die Sprache verloren. Redakteur Rudolf Wünsch erschien nicht einmal zur Verhandlung in Leitmeritz, durch sein Fernbleiben bestätigend, daß ohne jede Ursache in dem von ihm hergestellten Blatt wieder einmal ein sozialdemokratischer Vertrauensmann beschimpft und an seiner Ehre verletzt worden war.

Vom Schicksal der Arbeit. Aus Staab wird gemeldet. Am 25. Oktober verunglückte der Bauer Karl Schffel, wohnhaft in Rürschan, Kolonie Mexiko, am Masaryk-Teinisch-Zooch der westböhmischen Bergbauaktiengesellschaft t d l i c h. Bei dem sofort eingeleiteten Bergbauarbeiten erfolgte ein weiterer Bruch der Decke. Der Verun-

glückte hinterläßt eine Witwe mit fünf unverheirateten Kindern im Alter von einhalb bis 14 Jahren. Am gleichen Tage verunglückten weitere zwei Bergleute schwer, die in des Sanatoriums des Dr. Linhart nach Bradzen geschafft wurden.

Für die Kinder von Arbeitslosen in Olmütz. Aus Olmütz wird berichtet: Fünfstausend Kronen hat der Stadtrat der Stadt Olmütz für die Verteilungsgeldaktion zugunsten der Kinder Arbeitsloser in Groß-Olmütz über Antrag des Genossen Dr. Kraus der Bezirkskommission für Jugendschutz für den heurigen Winter zur Verfügung gestellt. Der gleichlaufenden Aktion für tschechische Kinder wurde der Betrag von 10.000 Kronen gewidmet.

Für die leidende Bevölkerung Deutschlands. Aus Moskau wird berichtet: Die Arbeiter- und Beamtenenschaft beschloß einen Teil ihrer Einnahmen zugunsten der leidenden Bevölkerung Deutschlands zu widmen.

Schüsse auf Kartoffelsammler! Die Berliner Blätter melden: Auf den Kartoffelsammelern zwischen Reukölln und Rudow sammelte sich Freitag früh eine große Zahl von Männern, Kindern und Frauen, die dort Kartoffel stopfen wollten. Es mögen etwa 1200 Personen gewesen sein, für die ein abgeerntetes Terrain von etwa einem Quadratkilometer zur Verfügung stand, auf dem sie nachgraben konnten. Das Gelände wurde an allen vier Ecken von je einem Schuttpolizisten bewacht. Die Kartoffelsammler gingen bald auf ein noch nicht abgeerntetes Feld. Ein Wachmeister schritt dagegen ein und wies die Leute zurück. Darauf entstand eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Beamte tödlich angegriffen wurde. Ein anderer Beamter wurde gleichfalls bedroht, so daß er auf eine Anhöhe flüchten mußte. Von dort aus suchte er auf die Menge einzuwirken. Der Beamte forderte die Kartoffelsammler auf, von ihm abzulassen, da er sonst von seiner Schutzwaffe Gebrauch machen würde. Er wurde aber weiter bedroht und gab zwei Schüsse ab. Dadurch wurde der 13 Jahre alte Kurt Hinz getötet, ein 15jähriges Mädchen, Anna Brahe, wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der getötete Knabe befand sich etwa 300 Meter von der Stelle des Vorfalles entfernt und scheint von einem Querschläger getroffen worden zu sein.

Abwägung des deutschen Schulwesens in Südtirol. Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, ist das Dekret über die Siltierung des deutschen Unterrichtes in Südtirol bereits erschienen. Artikel vier besagt: An allen Elementarschulen des Königreiches wird der Unterricht in der Staatsprache erteilt: Artikel 17 bestimmt: Vom Beginn des Schuljahres 1923/24 an wird in fremdsprachigen (deutschen) Volksschulen der Unterricht in italienischer Sprache erteilt werden. Im nächsten Schuljahre erfolgt der Unterricht auch in der zweiten Klasse der genannten Schulen in italienischer Sprache usw. in den folgenden Jahren fortschreitend. Der Unterricht in der zweiten Sprache wird in Nebenstunden erteilt.

Englische stilkche Verkommenheit. Aus Linz wird gemeldet: Am 19. Oktober wurde der 14jährige, nach Regau zuständige Franz Schneeweiß, vulgo Heinzl, wegen wiederholter Schändung der dreijährigen Tochter seiner verheirateten Schwester verhaftet und dem Bezirksgericht Böckbrunn eingeliefert. Sein 19 Jahre alter Bruder Rudolf wurde am selben Tage verhaftet, weil er seinem Bruder Matthias einen Stich in das linke Schulterblatt versetzt hat. Die Ursache dieses Mordverbrechens bildete der Vorwurf, daß Rudolf an den Rücken des Vaters Unzucht wider die Natur betrieb. Die Mutter der beiden, die von dem Treiben ihres Sohnes Franz verständigt wurde, äußerte sich: „Au-

und wenn er es schon macht, zugrunde richten wird es sie deshalb nicht!“

Ein Kommunistenprozeß in Rom. Freitag früh wurde in Rom der Prozeß gegen die Mitglieder des kommunistischen Exekutivbausehusses wegen des Moskauer Manifestes beendet. Sämtliche 32 Angeklagte sind mangels an Beweisen freigesprochen worden. Ein Angeklagter ist wegen unerlaubten Waffentragens zu zwei Monaten Arrest verurteilt worden.

Die Bekämpfung des Alkoholismus. Freitag ist in Italien das Dekret über die Bekämpfung des Alkoholismus in Kraft getreten, das die Einschränkung der Verleihung neuer Alkoholkonzessionen vorsieht und die Sperrstunden in der Sommerzeit auf 23 Uhr und im Winter auf 22 Uhr festsetzt.

Ein französischer Abgeordneter auf der Varietébühne. Der französische Deputierte Charles Bernard ist in Paris auf einer Varietébühne aufgetreten. Die Pariser Presse berichtet darüber: „Ein Abgeordneter, welcher seine Einwilligung dazu erteilt, bei einem Cafkonzert eine Programmnummer abzugeben, ist eine genug seltene Sache. Tatsächlich hat Herr Charles Bernard, der Deputierte des Montmartre sich auf der Szene des Vaudeville unter einer Anzahl von Akrobaten und Chansonetten produziert. Aber er hatte nicht den Erfolg der Akrobaten und der Sängerinnen und seine Theaterlaufbahn hat nach einigen Augenblicken ihr Ende gefunden. Raum war er auf der Szene erschienen, als er mit Pfeifen und Unterbrechungen empfangen wurde, welche es ihm unmöglich machten, sich Gehör zu verschaffen. Er versuchte zu erklären, daß er das Engagement für zehn Vorträge gegen 5000 Francs angenommen habe und daß er die Absicht habe, diesen Betrag dem Fonds wissenschaftlicher Arbeiten zuzuwenden, aber das Publikum fuhr fort, einen so infernalischen Lärm zu machen, daß der unglückliche Debitant statt den angekündigten Vortrag über die „parlamentarischen Untiefen“ zu halten, in aller Eile hinter die Kulissen flüchten mußte. Charles Bernard gibt sich jedoch nicht geschlagen und gibt in einem Schreiben an die Zeitungen seine Absicht kund, den Versuch wieder aufzunehmen. Die meisten Wäter sind aber der Ansicht, daß das parlamentarische Prestige durch diese peinliche Ausstellung, welche auch ihr tödlicher Floß nicht rechtfertigt, nicht gewinnen kann.“

Schlechte Gemeindeverwaltung. Infolge schlechter Gemeindeverwaltung, die jetzt zulage getreten ist, wurden zahlreiche frühere Bürgermeister, Gemeinderäte, Sekretäre und städtische Beamte in Spanien verhaftet. Viele von ihnen haben bei ihrer Verhaftung Selbstmord verübt, darunter auch ein Inspektor der Madrider Stadtpolizei.

Neue Frauenberufe in England. In überraschender Weise hat sich die Engländerin als Jungenerzieherin in ihrem Vaterlande durchzusetzen verstanden. Nicht nur nehmen die Jungenerzieherinnen oder Universtitäten Frauen als regulär Studierende auf, sondern auch die notwendige Werkstattlehre, die bisher für sie schwer erreichbar war, wird ihnen jetzt von großen Firmen eröffnet. Die Masanautawerke in London sind ausschließlich von Frauen geleitet, deren Eigentum sie auch sind. Weiter versteht sich die Engländerin als Informatenagentin, wie als Bestreiterin und Leiterin von Informatenagenturen einen beachtenswerten Wirkungsbereich zu verschaffen. Das gleiche gilt von der Schaufensterdekorateurin, der Spezialistin für Reklame-Entwürfe in Schrift und Zeichnung; von der Frau als Hausverwalterin und der Frau als Besitzerin von Ferienheimen für Haustiere. Interessant ist, daß

Die Luft: Privateigentum.

Eine kapitalistische Utopie.

Vom ersten Weltkrieg bis zum Goldenen Internationale.

Das kapitalistische Bürgerium hat es bisher verabsäumt, dem sozialistischen Ideal der klassenlosen Gesellschaft sein Ideal entgegenzustellen. Daraus darf man jedoch nicht schließen, daß die bestehende Ordnung bereits die Erfüllung seines Ideals bedeutet. Dieses kapitalistische Bürgerium hat Ideale, es will keineswegs, daß die Welt so bleibe, wie sie ist, und ist sich wohl bewusst, daß noch vieles recht, die bestehende Ordnung zur idealen in seinem Sinne zu machen. Jedoch scheinen diese Ideologen bisher zu phantasiarisch gewesen zu sein, der Welt zu erzählen, wie ihre ideale Ordnung eigentlich aussieht. Das soll im folgenden versucht werden.

Meine Herren! Ich begrüße im Namen der Goldenen Internationale die Vertreter des Reichums aller Länder, die begrüßt in Seiner Eminenz des Herrn Kardinallegaten den Abgesandten des Vatikans, der durch Ueberlassung der Peterskirche für unsere Tagung neuerdings die Gemeinschaft unserer Interessen bekräftigt hat.

Die Erde selbst und was sie trägt und hervorbringt, gehört uns. Unse sind alle Güter der Erde. Wir haben ihnen den Fettschmelzer von Waren verliehen: sie sind für die Besitzlosen nur im Tausch gegen die einzige Arbeit zu haben und wir müßten uns schlecht auf Tauschgeschäft verstehen, wenn die Besitzlosen, bei dem Tausche nicht gehörig über die Ohr gehauen würden. Sie erhalten wie das Ne. u. balant ihrer Arbeit, sondern gerade nur so viel um nicht zu verhungern. Wie die Kutscher im schönen Neapel auf dem Rücken

ihrer abgetriebenen Kletter eine eiternde Wunde offen halten, um das gegen Pfeilschüsse bereits unempfindlich gewordene Geschöpf durch Dinstößen eines Stachelstodes in die Wunde antreiben zu können, also müssen wir die Wunde von Elend, Not und Hunger im Leibe des Volkes offen halten, damit es gezwungen sei, für uns zu arbeiten. Ein Anrecht auf Nahrung, Kleidung und Obdach gibt es nicht: die Besitzlosen müssen sich all dies von uns erarbeiten. Es steht in unserem Belieben, ihnen Nahrung, Kleidung und Obdach zu sperren, Getreide ins Meer zu werfen, während Menschen verhungern. Häuser leer stehen zu lassen, während Obdachlose erfrieren, Tonnen Baumwolle zu verrotten, während Säuglinge in Papier gewickelt werden.

Aber alle diese Machtmittel haben sich als nicht ausreichend erwiesen. Statt sich, wie ihnen gebührend wurde, gottzugeben in ihr Los zu fassen, hatten die Besitzlosen die Vermessenheit, die Selbstaufopferung und Gottgewolltheit der kapitalistischen Ordnung zu bezweifeln, sich zu organisieren, in Streiks zu treten, von sogenannten auskömmlichen Löhnen zu reden (Entwältung) und dergleichen. Hunger, Not und Elend, die wir über sie verhängten, haben sich als unzulängliche Waffe erwiesen, wobei ich der Kirche den Vorwurf nicht erheben kann, durch die — in bester Absicht für die Besitzlosen erfolgte — Anbreitung und Verbreitung von Not und Elend als Panzermittel für den Himmel (Heiterkeit) die Besitzlosen in ihrem Trotz bestärkt zu haben. Wir müssen um einen Schritt weiter gehen, der im übrigen nur die logische Konsequenz und Weiterentwicklung des bestehenden Systems ist. Es war ein schweres Verhängnis, alles, was der Mensch zur Fristung des Lebens braucht, als unser Privateigentum zu erklären und gerade das Wichtigste davon anzunehmen: die Luft.

Der Gedanke, die Luft zum Privateigentum

zu erklären, ist schön, aber um nichts höher als die Besitzergreifung eines Stückes Erde durch den ersten Menschen. Zerbrosch sich der Raubmensch jener Zeit etwa den Kopf darüber, ob nicht vielleicht ein anderer den gleichen Anspruch auf jenes Stück Erde habe? Jerobach er nicht vielmehr den Kopf des anderen... wofern dieser nämlich schwächer war? Dabei sind wir unvergleichlich besser dran als jener erste Privateigentümer, denn während dieser seine Ansprüche nur auf seine Fäuste und primitive Waffen stützen konnte, haben wir die Kirchen der Welt, die römische voran, die samt und sonders die Gottgewolltheit unseres Privateigentums an der Erde bekräftigen (Bravorufe), haben wir das Rüstzeug der kapitalistischen Wissenschaft und Nationalökonomie, die das Privateigentum der Weligen und damit die Eigentumslosigkeit der Boden als naturgemäß, zum Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft und zur Voraussetzung aller Kultur und allen Fortschrittes erklären. Kirche und Wissenschaft werden sicherlich auch nicht zögern, jene die Gottgewolltheit und diese die Naturgemäßheit unserer Ansprüche auf die Luft zu bekräftigen und zu beweisen, wie sie es in Aufhebung unseres Privateigentums an der Erde getan haben. Schon ist in einem führenden Börsenblatt ein Rechtsgutachten eines der erfolgreichsten Schieberverteidiger erschienen, in dem unvorbereitlich nachgewiesen wird, daß die fünf Kilometer Luftraum rings um den Erdball zur Erde gehören und daher mit dieser zusammengehört, wenngleich der Rechtsanspruch bisher formell noch nicht geltend gemacht worden ist.

Die bürgerliche Welt hat sich bis jetzt noch nicht vollkommen klare Rechenschaft davon gegeben, welche Gefahr darin liegt, irgend ein Ding auf Erden — und zumal ein so lebenswichtiges

wie die Luft, die jedermann zum Atmen braucht — von dem heiligen Grundbesitz des Privateigentums auszunehmen und als sozusagen herrenloses Gut bestehen zu lassen, auf das auch der Besitzlose ohne weiteres Anspruch hat. Gewiß, die bürgerliche Ordnung hat diesen Anspruch zwar nicht de jure, aber de facto gehörig beschnitten. Die reine und gesunde Luft war Privileg und Monopol der Reichen; was sie den Besitzlosen zum Atmen ließen, war die stickige Luft giftigerster Arbeitsstätten, Fabriksäle, Manale und Bergwerke, war die tuberkelgeschwängerte Luft feuchter Kellerwohnungen und die staub- und miasmengefüllte Luft der Elendsviertel... aber es war immerhin Luft, die umsonst zu haben war und von der sich jeder die zerfressenen Lungen voll nehmen konnte. Es ist ohne weiteres klar, welche Gefahr darin für unsere heilige, gottgewollte Ordnung liegt. Von dem scheinbar harmlosen Satz: „Die Luft gehört allen, ist zu dem Sage, daß auch die Erde und alles, was sie trägt und hervorbringt, gleichmäßig allen Menschen gehört, ist zur Regelung unseres Privateigentums an der Erde nur ein Schritt. Darum heißt es: Principis obsta, rechtzeitig vorbeugen. Haben wir früher einmal die Erde genommen, so nehmen wir auch jetzt die Luft dazu.

Wir nehmen die Atmosphäre in unser Eigentum, wie wir es längst zuvor mit der Erde selbst getan haben, den Konquistadoren gleich, die kurzherd Reich und Inseln für die spanische Majestät in Besitz nahmen. Das gleiche Eigentum aller Menschen auf der Luft hört auf. Wer von den Besitzlosen Luft zum Atmen für sich und seine Kinder haben will, der wird sie künftig von uns ihren nummernreichen Besitzern, nur unter denselben Bedingungen erhalten können, unter der er jetzt Nahrung, Kleidung und Obdach von uns empfängt: unter der Bedingung, daß er sich sie erarbeite... (Stürmischer Beifall.) K. O.

einige Frauen als Pferdezüchterinnen und Reitlehrerinnen und Tierärztinnen tätig sind.

Das russische Schulwesen. Aus Moskau wird gemeldet: Die im Jahre 1922 gesunkene Zahl von Schulen ist im heurigen Jahr wiederum gestiegen. Insgesamt gibt es gegenwärtig in Rußland 57.000 Schulen. An den Arbeiterfakultäten sind 26.000 Studenten inskribiert, davon 60 Prozent Arbeiter. Es gibt im ganzen acht Millionen Stationen zur Bekämpfung des Analphabetismus.

Ein sonderbarer Freispruch. Donnerstag fand beim Reichenberger Schwurgericht die Verhandlung gegen den ehemaligen Bürgermeister von Neustadt a. T. und Angestellten der dortigen Bezirkskrankenkasse, den Kommunisten Jos. Tschiedel, statt. Die Anklage lautete auf Amtsveruntreuung, der er sich als Angestellter dieser Kasse schuldig gemacht haben sollte. Der verurteilte Betrag betrug über 117.000 K. Wir haben über die Vorgeschichte dieses Prozesses in unserem Blatte seinerzeit berichtet. Die Verhandlung, welche den ganzen Tag dauerte und in welcher ziemlich viele, den Angeklagten belastende Momente zutage gefördert wurden, endete trotzdem mit einem Freispruch, da die Schulfrage durch die Geschworenen mit sechs Stimmen verneint wurde. Gegen das Urteil hat der Staatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde eingebracht.

Ein Ueberfall in Reichenberg. Freitag vormittag wurde im Vorhause einer Reichenberger Bank der Bankdiener Wenzel Poffelt von dem Handlungsgehilfen Joachim Konal überfallen. Konal schlug Poffelt mit einer Eisenstange auf den Kopf. Als auf die Hilferufe Poffelts Bankdiener herbeieilten, ergriff Konal die Flucht, wurde aber beim Vankengange von zwei Polizisten festgenommen. Bei seiner Einvernahme erklärte Konal, daß er den Poffelt nur aus Rache niederschlagen wollte, weil dieser ihm angeblich vor zwei Monaten in Reichenberg anlässlich eines Kartenspiels 5000 K abgewonnen haben soll. Die etwas dunkle Vorgeschichte des Ueberfalles wird von der Polizei eifrig erforscht.

Aufhebung des Visumzwanges zwischen der Tschechoslowakei und Oesterreich. Wie die „Pr. Presse“ berichtet, wird bei Gelegenheit der kommenden wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich die Aufhebung des Visumzwanges im Verkehr mit der Tschechoslowakei und der österreichischen Republik in Vorschlag gebracht werden. Die Regierung wird diesen Plan unter Hinweis auf die Rückkehr normaler Verhältnisse und die aus einer solchen Maßnahme für beide Staaten resultierenden wirtschaftlichen Vorteile in entsprechender Weise unterstützen, so daß die diesbezüglichen Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen werden.

Die elektrische Fernleitung Seestadt-Prag. Die elektrische Fernleitung Seestadt-Prag wird von dem Großkraftwerke, das am staatlichen „Gedwiz-Schacht“ bei Seestadt gebaut wird, ausgehen und bei der Transformatoranlage bei Prag enden. Die Länge der Leitung beträgt 84 Kilometer. Sie wird als eine Doppelleitung mit sechs Kupferleitern und einem Erdungsstahlfleisch gebaut. Ein jeder Leiter ist von 19 Drähten verflocht und hat einen Durchmesser von 95 Quadratmillimetern. Die Leiter selbst hängen auf Appenholzlaternen. Auf der Strecke gelangen insgesamt ungefähr 400 Eisenleiter-Leitungsmaße zur Aufstellung, welche auf Betonfundamenten eingebaut werden. An gewissen Stellen werden 28 Meter hohe Eisengittermasten aufgestellt. Die Entfernung der Masten von einander beträgt 220 bis 230 Meter. Die Montierung der Leitung soll schon Anfang Oktober beginnen und bis spätestens 15. September 1921 betriebsfähig sein.

Das rumänische Eisenbahnnetz hat eine Länge von 11.780 Kilometer. Hieron entfallen 7297 Kilometer auf die Staatsbahnen, 3288 Kilometer auf die vom Staate verwalteten Privatbahnen und 1205 Kilometer auf die übrigen Privatbahnen. 9391 Kilo-

meter haben Normalspur, 1091 Kilometer Breitspur und 1807 Kilometer Schmalspur. Die im Bau befindlichen Strecken haben eine Länge von 302 Kilometer. Der Umbau der besparabischen Strecke von Breit- auf Normalspur ist noch nicht vollendet.

Selbstmord von Börseinspektanten in Budapest. Die Baisse an der Budapester Börse forderte Freitag zwei Opfer. Vormittags beging in der Britisch-ungarischen Bank der Bankbeamte Göge Selbstmord. Er konnte seine ungedeckte Börsehuld von zwei Millionen Ku nicht bezahlen. Er wurde im lebensgefährlichen Zustand ins Spital gebracht. In den Nachmittagsstunden wurde bei der Polizei ein zweiter Selbstmörder aus ähnlichen Gründen angezeigt. Wegen Börseverluste erschoss sich Franz Kis, ein Beamter der ungarischen Konserndfabrik.

Wieder ein Zugzusammenstoß! Gestern mittags fuhr auf der Eisenbahnbrücke, welche die Gussgasse in Zittow in der Nähe des Zittower Bades überquert, eine Lokomotive auf einem Rangieren begriffenen Zug von Personenzug auf. Der Zusammenstoß war so heftig, daß ein Puffer eines Waggons abbrach und über die Brücke in die Gussgasse geschleudert wurde, wo er mit großem Getöse auffiel und zersplitterte. Es ist nur einem glücklichen Zufall zuzuschreiben, daß keiner von den zahlreichen Passanten verletzt wurde. Ein Pferd schaute und galoppierte die Gussstraße hinab, wurde aber bald darauf eingefangen.

Die Richtpreise für den Kohlenhandel in Prag. Gestern wurden im Versorgungsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten die Richtpreise für Kohlenhändler in Prag bestimmt; sie werden morgen in den Amtsblättern publiziert werden. Die lokalen Frachttarife wurden durchschnittlich um 50 Heller ermäßigt. Die Preise sind nicht — wie bisher in Prag üblich — nach Qualitätsgruppen (Halbgas, Ganzgas, Ganzkohle), sondern nach der Marke, so wie es auf dem Schachte üblich ist, abgestuft. Gegenüber den alten Preisen betragen die Ermäßigungen je nach Marke und Art loco Kessel 2,20 bis 4,80 K per Meterzentner. Die Preise für die Kohlenkleinhändler, hauptsächlich Buttenlieferungen, werden nach den Weisungen, die das Versorgungsministerium, der Magistrat und die politische Landesverwaltung in Prag ausgeben, bestimmt. Die Preise für den Kohlenhandel außerhalb Prags bestimmen die politischen Landes- und Bezirksverwaltungen nach den Grundätzen des Versorgungsministeriums.

Der Devisenkommissär.

Humorvolle von Tschotcha.

Wir saßen zu acht im Abteil Schnellzug Hamm-Berlin. Bald war das Gespräch auf die Währung gekommen und da ein Engländer mitfuhr, wurde besonders das englische Pfund und seine besondere Rolle auf dem Geldmarkt besprochen.

Der Landsmann von über dem Kanal zog einige solcher Pfundscheine hervor und reichte sie im Abteil umher. Es wurden auch Bitten ausgeprochen, etwas abzulassen — gegen Geld natürlich, gegen gutes deutsches Reichspapiergeld, bei garantierter fortwährender Entwertung.

Es war am 10. September. Das Pfund stand auf 550 Millionen und der Devisenkommissär hatte gerade angefangen, sein Urweiden zu treiben.

Der Herr mit den englischen Pfunden schien anfangs gar kein Gewicht darauf zu legen, deutsches Geld zu nehmen. Man bot ihm 550 Millionen. Da ließ er sich erweichen.

„Wenn ich schon verkaufen, dann aus Gefälligkeit, aber nicht über dem Kurs.“ Er setzte 17 Pfundnoten in neun Milliarden einhundertsechshundertzehn Millionen um, stopfte den Segen in seine Hosentaschen und stieg in Kie-

Im Abteil herrschte nur eine Stimme. Vom Platz 17 bis 23 war man sich einig, daß die Engländer famosere Menschen sind. Unter allgemeiner Zustimmung sprach der Herr, der gleich fünf Pfunde gekauft hatte, die Feststellung aus, daß der verfloßene deutsche Kaiser ein Kunkelrübenlieferant gewesen ist, daß er diese Kanalschleusen von uns wegpoltiziert hatte.

Alle Liebäugellen mit den wertvollen Papieren, als zwischen Bielefeld und Herford ein Herr ins Abteil trat und höflich aber streng folgende Aufforderung an uns richtete:

„Bitte Ihre Devisen vorzeigen.“ „Wie kommen wir dazu, fällt uns gar nicht ein,“ schwirrte es durch die Luft.

„Widerlegen Sie sich nicht. Hier meine Legitimation.“ Er zog ein großes Papier aus der Tasche mit einem Nordstempel vom Devisenkommissariat, daß er berechtigt sei, fremde Noten, die Deutsche bei sich tragen, zu beschlagnahmen, ungeachtet späterer Freigabe, wenn sich die Berechtigung erweisen sollte.

Seine Worte wirkten wie Steine, die aus dem Fenster geworfen werden. Alles widersetzte sich.

„Wenn Sie sich weigern, so ist das sehr wenig nützlich. Dann werden Sie so gut sein und in Minden die Fahrt unterbrechen, bis Ihre Identität festgestellt ist.“

Die Herrschaften wandten und krümmten sich wie die Würmer, aber sie gaben die Papiere endlich her, einige sogar noch etwas mehr, da sie außer den gekauften Pfunden noch Dollarnoten und schwedische Kronen im Besitz hatten.

Nur einer weigerte sich entschieden, sein Pfund zu opfern. Der Devisenkommissär nahm dessen Fahrkarte und die Papiere an sich, notierte alle übrigen mit den Beträgen genau, stellte Quittungen aus und ging weiter.

„Sie erwarten mich in Minden vor der Bahnhofspolizei.“

Dann ging er schnell durch die übrigen Abteile. Wir blieben zurück im scharfen Diskurs über den plötzlichen Gang der Dinge.

„Kleine hängt man usw.“ in dieser Tonart wurde die Unterhaltung geführt.

Langsam fuhr der Zug durch Bad Deynhaußen, bald darauf hielt er in Minden.

Unser Herr mit dem Pfund stieg aus, sprach gleich mit dem Bahnhofsvorsteher, der wußte von nichts. Niemand wußte etwas, auch nicht bei der Bahnpolizei. Der Zug wartete . . .

Der Devisenwackel meldete sich aber nicht. Die Wagen wurden abgesetzt, der Herr mit der Legitimation war unterwegs verschwunden, mit ihm die 16 Pfunde, die Fahrkarte, die Papiere und das übrige.

Meine Herren! Das war das für eine Szene, als festgesetzt wurde, daß alle zusammen einem Gauerduett in die Hände gefallen waren.

Die enttäuschten Gesichter, besonders des Passagiers, der seine Fahrkarte und seine Papiere opfert hatte.

Aber er war ja noch am billigsten davon gekommen. Er hatte doch sein Pfund noch, die übrigen hatten insgesamt 13 Milliarden deutsches Papiergeld geopfert.

Wie freute ich mich, daß ich kein Geld hatte. Zum ersten Male war mir die Armut zum Segen geworden.

Ja, ja, man sieht, es ist nicht jedes Devisengeschäft eine gute Sache. Von Minden aus war zwar von den Betroffenen die ganze Bahnstrecke mobilisiert worden, aber ich wette, die sehen ihr Geld niemals wieder.

Übrigens ist das ein Beweis, wie die Gauer in der Politik gut Bescheid wissen, und dem richtigen Devisenkommissär gute Winke geben können.

Aus Natur und Leben.

Eine neue Erdbebenstheorie. Für die Erklärung so ungeheurer Katastrophen wie des letzten japanischen Erdbebens, bringt der französische Geologe Belot in der Pariser Akademie der Wissenschaften eine neue Erklärung vor. Er behauptet nämlich, daß diese Erdbeben durch das plötzliche Eindringen gewaltiger Wassermengen in die feuerflüssigen Schichten unterhalb der Erdkruste hervorgerufen werden, nicht durch Zusammenziehung der Erdkruste, die man mit einem Abkühlungsprozess in Zusammenhang bringt. Belot ist der Ansicht, daß die Bewegungen eines vulkanischen Meeressbodens in großen Tiefen wie beim Stillen Ozean, in dem eine Küstenlinie, wie die Japans oder der Westküste Amerikas, wie ein steiler Abgrund abfällt, Risse verursacht. Diese Risse gestalten dem Meere, in große Höhlungen unter der Erdkruste, die mit Dampf gefüllt sind und in denen die Temperatur zwischen 500 und 700 Grad Fahrenheit schwankt, einzudringen. Wenn der Riß auf dem Meeressboden statifindet, erfolgt der erste Erdstoß. Das Meer strömt dann in die gigantischen Höhlungen hinein und verursacht das eigentliche schwere Erdbeben, wie es jetzt Tokio und Yokohama zerstörte. Zu derselben Zeit verursacht das Einströmen der riesigen Wassermengen in dieser Höhlung einen plötzlichen Fall des Meeresspiegels, der sofort durch eine hohe Flutwoge kompensiert wird. Diese Flutwoge kann sich mehrmals wiederholen, bis das Gleichgewicht hergestellt ist, und ihre Wirkung kann auf große Entfernungen über die ganze Oberfläche des Ozeans bemerkbar werden.

Kleine Chronik.

Weltpostverkehr und Weltwirtschaft.

Der Weltpostverein veröffentlicht Angaben über den Auslandspostverkehr in den Jahren 1920 und 1921. Sehr aufschlußreich sind die Mitteilungen über den Briefverkehr; die gesamte weltwirtschaftliche Lage spiegelt sich darin wider. Vor dem Krieg stand Deutschland als aufstrebendes Exportland, das in allen Ländern nach Absatzmärkten suchte, an erster Stelle bei der Versendung von Auslandsbriefen. Hinter Deutschland blieb der Briefverkehr der Vereinigten Staaten um acht Prozent, der Großbritanniens um 30 Prozent zurück. Die grundlegenden Änderungen der wirtschaftlichen Situation kommen in den ganz veränderten Zahlen des Briefverkehrs zum Ausdruck. Deutschland hat ein gutes Teil seiner ausländischen Absatzmärkte, besonders die überseeischen, eingebüßt, daher sank der ausländische Briefverkehr Deutschlands 1920 auf 43, 1921 durch die Belogung der Ausfuhrkontingente auf 55 Prozent des Vorkriegsstandes. Im übrigen ist aber der ausländische Briefverkehr sämtlicher europäischen Staaten, mit Ausnahme von Holland, in den letzten Kriegsjahren wesentlich zurückgegangen und ist viel niedriger wie vor dem Kriege. Dagegen erhöhte sich der Briefverkehr der Vereinigten Staaten und Japans, der letztere in außerordentlich hohem Maße (um 63 Prozent). Interessant sind die Rückläufe des Briefverkehrs. Der deutsche Briefverkehr richtet sich zu 86 Prozent nach europäischen Staaten, er ist am umfangreichsten mit Holland und mit der Schweiz. Die belgische Auslandspost geht zu 90 Prozent, die holländische zu 81 Prozent nach europäischen Staaten. Dagegen entfallen von den aus Großbritannien verschickten Briefen nur 37 Prozent auf Europa, 30 Prozent auf Amerika, das übrige auf die anderen Erdteile, was durch die besondere Stellung Englands in der Weltwirtschaft und durch sein Verhältnis zu den Kolonien begründet ist. Auch gingen nur 30 Prozent der aus Italien versandten Auslandsbriefe nach europäischen Ländern, während 38 Prozent nach Amerika bestimmt waren, was wieder eine Folge der italienischen Auswanderung ist, die sich besonders nach Südamerika richtet.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Die Töchter, die immer noch an ihrem Vater hingen, wollten es dem Vater und dem Gatten recht machen, sie haben Goriot empfangen, wenn sie allein waren, und allerhand zärtliche Ausreden erfunden. „Papa, komm nur, wenn wir allein sind, es ist dann um so gemüthlicher.“ Ich, meine Liebe, glaube, wahres Gefühl läßt sich nicht täuschen, es hat seine Augen und seine Znieltigenz. Das Herz dieses armen Vaters hat geblutet. Er hat gesehen, daß seine Töchter sich seiner schämten und daß er seinen Schwiegerjöhnen schade. Es galt also ein Opfer zu bringen. Da er Vater ist, hat er sich geopfert und sich freiwillig verbannt. An der Zufriedenheit seiner Töchter erkannte er, daß er das Richtige getan habe. Vater und Töchter haben gemeinsam ein kleines Verbrechen begangen. Das sehen wir überall. Wäre dieser Vater Goriot nicht ein verhängnisvoller Nektar der Vaterschmähung im Salon seiner Töchter? Er hätte sich gelangweilt und wäre allen im Wege. Was diesem Vater begegnet ist, kann die hübscheste Frau mit dem Manne, den sie am heißesten liebt, erleben: wenn sie ihn mit ihrer Liebe langweilt, so begeht er Freigebheiten, um ihr zu entfliehen. Jeder Gefühl kann einmal so weit kommen. Unser Herz ist ein Schatz, wenn man ihn auf einmal leert, so ist man ruiniert. Wir vergeben es einem Gefühl so wenig, sich nach gezeigt zu haben, wie einem Mann, wenn er keinen Pfennig besitzt. Dieser Vater hatte alles gegeben. Zwanzig Jahre hindurch hat er seine Liebe, seine Eingeweide geopfert, sein Vermögen an einem Tage verschwendet. Als die Krone angedreht war, haben die Töchter die Schale in den Ascheimer geworfen.“

„Die Welt ist gemein.“ sagte die Gräfin, nervös mit ihrem Schal spielend, ohne aufzublicken. Die Worte von Frau von Langois, die sie auf sich bezog, hatten sie aufs tiefste getroffen.

„Gemein! nein,“ fuhr die Herzogin fort, „sie geht ihren Lauf, das ist alles. Wenn ich so darüber spreche, so beweist das nur, daß ich mich von der Welt nicht zum Narren halten lasse. Ich denke wie Sie,“ sie drückte der Gräfin die Hand. „Die Welt ist ein Abgrund, wir wollen oben bleiben.“ Sie stand auf, küßte Frau von Beauvais auf die Stirn und sagte: „Sie sind in diesem Augenblicke sehr schön, meine Liebe. Noch nie hatten Sie so gute Farben.“ Dann ging sie, nachdem sie Rastignac leicht gegrüßt hatte.

„Vater Goriot ist großartig!“ sagte Eugen und begann sich darauf, wie er ihn nachts überfallen hatte, als er sein vergoldetes Silber zerstückte.

Frau von Beauvais hörte nichts, sie war in Gedanken versunken. Einige Minuten verstrichen, und der arme Student wagte in seiner Verlegenheit weder zu gehen, noch zu bleiben oder zu sprechen.

Die Welt ist gemein und schlacht,“ sagte die Gräfin endlich. „Nun trifft uns ein Unglück, sofort ist auch ein Freund zur Hand, der er uns erzählt, der uns die Klinge ins Herz stößt und unsere Bewunderung für die Schönheit des Festes fordert. Sofort Spott und Sarkasmus. Aber ich werde mich zu verteidigen wissen.“ Kühn hob sie ihren Kopf, ihre Augen sprühten Blübe, sie fühlte sich nicht geschlagen. „Ach!“ rief sie, Eugen erblickend, „Sie sind da!“

„Nun, Herr von Rastignac, behandeln Sie diese Welt, wie sie es verdient, behandelt zu werden. Sie wollen Erfolg haben, ich werde Ihnen helfen. Sie werden erfahren, wie weit die weibliche Korruption und die männliche Eitelkeit geht.“

Obgleich ich im Buch der Welt viel gelesen habe, gab es Seiten, die mir noch unbekannt waren. Jetzt glaube ich, alles zu wissen. Je kühler Sie rechnen werden, desto schneller werden Sie vorankommen. Schlagen Sie unarmherzig zu, und Sie werden gesichert werden. Betrachten Sie Männer und Frauen wie Postpferde, die bei jeder Station verreden können, und Sie werden den Gipfel ihrer Wünsche erreichen. Sehen Sie, Sie werden es in Paris zu nichts bringen, wenn Sie nicht eine Frau finden, die sich für Sie interessiert. Sie muß jung, reich und elegant sein. Sollten Sie aber ein echtes Gefühl haben, so verbergen Sie es wie einen Schatz; zeigen Sie ihn niemand, es wäre Ihr Verderben. Dann wären Sie nicht mehr der Heuler, sondern das Opfer. Wenn Sie sie lieben, hüten Sie Ihr Geheimnis! verraten Sie es nicht, ehe Sie wissen, wem Sie Ihr Herz öffnen. Um diese Liebe, die noch nicht geboren ist, zu schützen, lernen Sie es, dieser Welt zu mißtrauen. Hören Sie mich, Miquel . . .“ (Rastignac nannte sie einen solchen Namen, ohne sich dessen bemußt zu werden.) „Es gibt viel Grausameres, als den von seinen Töchtern verlassenem Vater, die seinen Tod herbeiwünschen. Das ist die Nebenbuhlerschaft zweier Schwestern. Restaud ist von Adel, seine Frau wurde bei Hofe vorgestellt und in der Gesellschaft aufgenommen. Aber ihre Schwester, ihre reiche Schwester, die schöne Delphine von Nucingen würde den ganzen Schmutz von der Rue Saint Lazare bis zur Rue de Grenelle aufstecken, um Zutritt in meinen Salon zu bekommen. Sie hat geplatzt, mit de Mazarins Hilfe dieses Ziel zu erreichen, sie hat sich zur Klavierspielerin gemacht und ist ihm nachgelaufen. Er macht sich nichts aus ihr. Wenn Sie sie bei mir einführen, werden Sie ihr Benjamin werden, sie wird Sie vergöttern. Versuchen Sie sie zu lieben, benutzen Sie sie für Ihre Zwecke. Ich will Frau von Nucingen ein- oder zweimal in großer Gesellschaft

bei mir sehen, aber ich werde sie niemals morgens empfangen. Ich werde sie grüßen, das genügt. Sie haben sich die Tür der Gräfin verschlossen, weil Sie dort den Namen von Vater Goriot genannt haben. Ja, Sie können zwanzigmal zur Frau von Restaud gehen, zwanzigmal wird sie für Sie nicht zu Hause sein. Ihnen ist das Haus verschlossen. Nun lassen Sie sich durch Vater Goriot bei Frau von Nucingen einführen. Die schöne Frau von Nucingen kann Ihr Aushängeschild werden. Seien Sie der Mann, den sie auszeichnet, und die Frauen werden sich um Sie reißen. Ihre Rivalinnen, ihre Freundinnen, ja die besten Freundinnen werden den Wunsch haben, Sie ihr abspenstig zu machen. Es gibt Frauen, die nur den Mann lieben, den schon eine andere erwählt hat, wie jene törichten bürgerlichen Frauen, die die gleichen Hüte wählen wie wir, im Glauben, sich auf diese Weise auch unsere Manieren anzueignen. Sie werden Erfolg haben. In Paris ist der Erfolg alles, er ist der Schlüssel zur Macht. Wenn die Frauen finden, daß Sie Geist und Talent haben, so werden die Männer es glauben, wenn Sie Ihnen nicht alle Illusionen rauben. Sie können dann alles erreichen und haben Ihre Hand überall im Spiele. Dann werden Sie erfahren, daß die Welt nichts anderes ist, als ein Nebeneinander von Opfern und Spitzbuben. Gehören Sie weder zu den einen, noch zu den andern. Ich gebe Ihnen meinen Namen wie einen Ariadnefaden, um dies Labyrinth zu betreten. Kompromittieren Sie ihn nicht,“ sagte sie, hob ihren stolzen Hals und warf dem Studenten einen königlichen Blick zu, „geben Sie ihn mir blank und schlaflos wieder. Und nun gehen Sie. Auch wir Frauen haben unsere Schlachten zu liefern.“

„Wenn Sie je einen ergebenen Menschen brauchen, um eine Mine spingen zu lassen?“ unterbrach Eugen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Bevölkerung Frankreichs. Die Abnahme der Bevölkerungswachstums bereitet Frankreich große Sorgen. Dieser Prozess war bereits vor dem Kriege mächtig vorgeschritten. Betrug Anfang des 19. Jahrhunderts die Zahl der Geburten in zehn Jahren noch dreieinviertel Prozent der Bevölkerung, so war sie im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nur noch zwei Prozent. 1913 betrug dieser Prozentsatz nur noch 1,88. In den Jahren vor dem Kriege hat sich die Bevölkerung Frankreichs überhaupt nicht mehr vermehrt, sondern abgenommen. Dafür ist das Einfinden, die Sabotage der französischen Ehepaare verantwortlich. Unter elf Millionen Ehepaare hatten 1913 mehr als zweieinhalb Millionen nur zwei, über drei Millionen nur ein Kind, 1,700,000 Ehepaare waren überhaupt kinderlos. Man hat eine Propaganda zugunsten der Volksvermehrung eingeleitet. Für kinderreiche Familien wurden Vergünstigungen gewährt, all dies blieb aber ohne Erfolg. Durch den Krieg hat Frankreich mehr als drei Millionen Menschen eingebüßt. Die Volkszählung von 1921 hat festgestellt, daß das durch Ersatzleistungen vergrößerte Frankreich ungefähr um zwei Millionen weniger Einwohner hat, als die Bevölkerung Frankreichs und Ersatzleistungen 1913 zusammen betrug. Nach dem Kriege hat sich die Zahl der Eheschließungen und damit auch der Geburten vermehrt. 1920 betrug der Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle 100,000. Im folgenden Jahr ging aber dieser Ueberschuß bereits auf 117,000 zurück. Seitdem nimmt die Zahl der Geburten, trotz der staatlichen Propaganda für die Hebung der Geburtenzahl weiter ab. Die Abnahme der Bevölkerung hat einen großen Arbeitermangel hervorgerufen; die Einwanderung belgischer und italienischer Arbeitskräfte nimmt immer größere Maße an. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete wie auch die durch die Gebietsvergrößerungen notwendig gewordene Erweiterung der Produktion können mit französischen Arbeitskräften nicht durchgeführt werden. Aber auch die Militärischen in den Jahren der Abnahme der Bevölkerung eine große Gefahr, die sie mit dem zweifelhafte Mittel der Einrückung farbiger Soldaten in die französische Armee wettmachen möchten.

Das höchste Hotel der Welt. wird jetzt in der Nähe des Gipfels der Jungfrau errichtet werden. Die Grundmauern werden gegenwärtig aus den Felsen des Jungfrau-Joches in einer Höhe von 11,810 Fuß herausgehauen. Ein kurzer Fußpfad, der durch einen Tunnel geht, wird von der Jungfrau-Bahn zu diesem neuen Gebäude geführt werden. In dem Hotel auf der Jungfrau wird alles elektrisch betrieben, Kochen, Heizen, Reinigen, Beleuchtung und natürlich auch Telegraphie und Telephonie. Man wird also in dieser Region des ewigen Schnees imstande sein, durch drahtlose Telephonie ein Konzert zu hören, das von der Sendestation einer Großstadt verbreitet wird. Das Hotel wird in den Berg hineingebaut, dessen Felsen Rückwand und Seitenwände des Gebäudes bilden. Man wird von dem Hotel die großartigste Aussicht über die Riesenschneeberge des Berner Oberlandes genießen und über das weite Schneefeld des Aletsch-Gletschers hin die Alpinisten beobachten können, die mit ihren Führern angezogen zu der Konkordiahütte hinter dem Schreckhorn oder zu der kleinen Vergil-Hütte emporsteigen. — Dieser Brachtbau wird zwar von Arbeiterhänden geschaffen werden, doch wird es einem Arbeiter nicht möglich sein, an seiner Ausnützung auch teilzunehmen, denn solche Bäume sind nur für die „Auserwählten“ bestimmt, die dann dort das den Arbeitern abgeschundene Geld verprassen können.

Der Schrecken der Telephonreklame. In Paris haben sich neuerdings Agenturen gebildet, die es sich angelegen sein lassen das Telephon der Reklame dienstbar zu machen. Die unglücklichen Teilnehmer, die an das Pariser Telephonnetz angeschlossen und durch falsche Verbindungen schon geplagt genug sind, gehen damit schweren Tagen entgegen. Sie müssen darauf gefaßt sein, alle Augenblicke von einer der Agenturen angerufen zu werden, um Mahnungen wie die folgenden entgegenzunehmen: „Es regnet; verfluchen Sie nicht, sich bei der Firma Soundso einen Gummimantel zu kaufen.“ — „Wenn Sie Hunger haben, gehen Sie ins Restaurant Duval, wo Sie die beste und billigste Küche finden.“ — „Besuchen Sie das Theater Folles Caprice.“ Sie sind sicher, hier einen unterhaltenden, genussreichen Abend zu verbringen.“ Die Annoncisten sehen sich dieser drohenden Gefahr schloßlos preisgegeben. Das Amt darf einen Anruf nur dann sperren, wenn ein Verstoß gegen das Reglement oder eine Beschimpfung der Beamten vorliegt. Es muß der Reklameagentur auf Verlangen ein Gespräch vermitteln wie jedem anderen.

Bedenkliche Reiter beim japanischen Erdbeben. Unter den vielen dramatischen Vorgängen, die sich bei der japanischen Erdbebenkatastrophe abspielten, wird als besonders bedenkliches Rettungsmerkmal von der englischen Presse die Tat dreier Engländer hervorgehoben, die sich in dem englischen Schiffshospital zu Yokohama befanden. Die Unglücklichen, die aus ihren zusammenstürzenden Häusern flüchteten, retteten sich nach dem englischen Krankenhaus bis etwa 500 hier auf engem Raum zusammengedrängt waren. Die einzige Möglichkeit der Flucht war die über einen 20 Fuß hohen Felsen, von dem man auf einen sicheren Küstenvorplatz gelangen konnte. Die Fahne, die nach auf dem Tuche flatterte, wurde von den drei zurückgebliebenen Engländern heruntergeholt; und in drei Streifen geschnitten. Mit drei Tennisschlägern zusammen ergab sich so ein verhältnismäßig sicheres Seil, an dem die Leute herabgelassen werden konnten. Während dieses Rettungsversuches stürzte aber auch ein Teil des Felsens zusammen. Da das Seil nicht mehr ganz heruntergelassen war, es notwendig, daß die,

die gerettet wurden, sich herunterfallen ließen und dabei vermindert, in einen kaffenden Erstoß hineinzufallen. Die drei Engländer leisteten mehrere Stunden hindurch dieses Rettungsmerkmal, ermutigten die Leute und brachten schließlich noch selbst einen Verwundeten auf diese Weise in Sicherheit. Es war eine furchtbar schwere Arbeit bei dem Wind, der die Hitze aus der brennenden Stadt hertrieb, aber es glückte den dreien, 500 Flüchtlinge in Sicherheit zu bringen.

Am Nordpol wird's wärmer. Wie norwegische Forscher und Kapitäne berichten, zeigt sich im Nordpolargebiet seit einigen Jahren eine auffällige Erwärmung. So fand der norwegische Geologe Dr. Voel im August 1922 infolge der geringen Eisbedeckung an der Ostseite der Adventbuchst auf Spitzbergen große Kohlenlager. Er konnte mit seinem Schiff bis zu 81 Grad nördlicher Breite in eisfreiem Wasser vordringen und wies den Golfstrom so hoch im Norden als Oberflächenströmung nach. Ein norwegischer Kapitän, der seit 14 Jahren das östliche Polarmeer befährt, meldet, daß die Abnahme des Eises 1918 begonnen habe. Viele Gegenstände haben sich seitdem vollkommen geändert. Wo früher große Eismassen waren, sind jetzt Moränen von Erde und Steinen; an manchen Stellen sind die Gletscher, die bis ins Meer reichten, gänzlich verschwunden. Flora und Fauna sind durch die Zunahme der Wärme stark beeinflusst. So war der Robbenfang im Sommer 1922 gering, weil es diesen Tieren zu warm war; dagegen traten große Schwärme von Heringen, von der Brut bis zum ausgewachsenen Fisch, an der Westküste von Spitzbergen auf; ebenso beobachtete man Eiswurm. Das Wasser, das sonst kaum drei Grad Celsius hatte, war bis zu 13 Grad erwärmt. Prof. Kohner, der darüber berichtet, betont, daß es sich bei diesem milderen Klima im Nordpolargebiet nicht um eine Klimawandlung handelt. Solche Klimawandlungen, wie sie niemals gleichzeitig auf der ganzen Erde, sondern nur für einzelne Gebiete auftreten, hängen wahrscheinlich mit Vorgängen auf der Sonne zusammen. Diese Schwankungen kehren gewöhnlich in 24 bis 45, durchschnittlich in 35 Jahren wieder.

Ein römischer Fund im Atlasgebirge. Im nördlichen Marokko ist vor kurzem in der Nähe des französischen Postens Anecur, etwa 60 Kilometer von Fez, das Monument eines römischen Legionärs ausgegraben worden, das von den Mauritanischen Kriegsgötzen des römischen Kaiserreichs aus dem ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung Zeugnis ablegt. Nach Mitteilungen, die das „Journal des Debats“ über diesen Fund macht, handelt es sich um ein Grabmal, das einem gewissen Cospobus Priscus, einem aus Gallien stammenden Reiter, errichtet wurde. Er gehörte einem Kavallerie-Regiment an, das im Jahre 69 n. Chr. in Lyon (Lugdunum) in Garnison lag und das in den Prätorianer-Wirren nach Nero's Tode für Vitellius gegen Otho Partei genommen hatte. Dieses Regiment hatte vorher an dem Feldzug teilgenommen, den der römische Feldherr Suetonius Paulinus auf Befehl des Kaisers Claudius gegen die rebellischen Stämme des Atlasgebirges in den Jahren 41 bis 43 geführt hatte. Es gelang damals, das Gebiet von Mauritanien Tigitana mit der Hauptstadt Timgis (das heutige Tanger) dem römischen Imperium anzuschließen. In der Zeitschrift „Pro Africa“ führt der französische Archäologe Toutain auf Grund dessen, was Plineus der Ältere und Dio Cassius über diesen Feldzug berichten, den Nachweis, daß der Freund des Denkmals genau auf dem Wege liegt, den das römische Heer damals gezogen ist. Suetonius war von den westmarokkanischen Kolonien am Atlantischen Ozean ausgegangen, deren Besiedelung unter Augustus eingeleitet hatte, und war über die Pässe des Atlas bis an die Quellen des Oir vorgedrungen. Das jetzt ausgegrabene Epitaph des Cospobus befindet sich in der Mitte zwischen dem Ausgangs- und Endpunkt dieser Expedition, deren Itinerar an Hand der antiken Geographen über genau zu rekonstruieren ist. Wenn man bedenkt, daß um die gleiche Zeit der germanische Einzug angestiegen wurde, so illustriert der Fund im Atlasgebirge, zusammengehalten mit ähnlichen Denkmälern, die an der römisch-germanischen Militärgrenze allenthalben zutage gekommen sind, in ganz besonderer Weise die ganz gewaltige Machtentfaltung des römischen Imperiums im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Zugleich aber hebt das seltsam verfallene Grabmonument auf der mauritanischen Hochebene aus weltgeschichtlichen Geschehnissen das Einzelschicksal eines burgundischen Kriegers heraus, der hier fern der Heimat in fremden Kriegsdiensten sein Leben verlor.

Gerichtssaal.

Die Epileptikerin als unglückliche Mutter.

Prag, 27. Oktober. 19 Jahre ist das hässlich gezeichnete Mädchen, das sich heute vor einem Straffenat zu verantworten hatte. Die Anklage lautete auf Fruchtbarkeitsverweigerung. Das Mädchen dient in einem Dorfe bei Prag als Aufwarterin und wird, da sie Epileptikerin ist, von allen im Orte bemitleidet. Da sie körperlich aber gut entwickelt ist, hat sich ein Bauerndiener ihr zu nähern verstanden — was ja sicherlich bei der Stellung des Mädchens im Dorfe keine Heidenat war — und sie hat sich ihm ohne Bedenken hingeegeben. Die Folgen blieben nicht aus und verdrückten naturgemäß den allgemeinen Zustand des Mädchens. Die epileptischen Anfälle häuften sich erschreckend, obwohl das Mädchen erst zwei Monate schwanger war und der Bauerndiener, der solcher Mißheil angetroffen hatte, wußte für sein Opfer keinen anderen Rat, als den Gang zu einer „mildtätigen“ Frau. Das Mädchen ließ sich aber den und fuhr nach Prag. In Zlitz fand sie eine „Geburtsheilerin“, die an ihr den Eingriff vornahm. Es stellte sich jedoch am nächsten

Tago Fieber ein, das Mädchen mußte in die Gebärstube gebracht werden. Eine Blutvergiftung warf sie dort wochenlang aufs Krankenlager.

Als das Mädchen dann aus dem Krankenhaus entlassen wurde, konnte es nur angeben, daß es in Zlitz durch mehrere Gassen geläutet sei und dann, als es bei einem Hausvor ein Schiff: „Geburtsheilerin“ gesehen hatte, sei es zu der Frau hinaufgegangen. Die Polizei konfrontierte das Mädchen mit mehreren Geburtsheilerin aus Zlitz, bis es endlich die Geburtsheilerin Antonie St. mit ziemlicher Bestimmtheit als die Frau bezeichnete, die an ihr den verbotenen Eingriff vorgenommen habe. Antonie St. bestritt allerdings entschieden, das Mädchen je gesehen zu haben. Die Staatsanwaltschaft erhob jedoch auch gegen sie — auf den bloßen Verdacht hin! — wie gegen das Mädchen die Anklage.

Das angeklagte Mädchen konnte auch heute nicht mit Bestimmtheit angeben, ob Antonie St. die betreffende Geburtsheilerin sei. Der gerichtsarztliche Befund brachte dann eine Erklärung dafür, warum die angeklagte Dienstmagd nicht imstande ist, genaue Angaben zu machen. Nach dem ärztlichen Befund steht diese Tatsache im direkten Zusammenhang mit der Epilepsie der Angeklagten. Bei epileptischen Personen seien oft die Gedächtniskräfte so schwach, daß sie von dem Individuum gar nicht wiedergegeben werden können. Auch unterliegen solche Kranke sehr leicht der Suggestion, die sogar durch eine bloße Frage in Wirksamkeit treten kann. Es sei daher leicht möglich, daß die Angeklagte, als sie mit Antonie St. konfrontiert wurde, auf die Frage: „Wer das diese Frau?“ unter dem jugendlichen Zwange dieser Frage sich eingebildet hat, die Frau, die den Eingriff an ihr vornahm, vor sich zu sehen.

Der Gerichtshof sprach nach durchgeführter Verhandlung die Geburtsheilerin Antonie St. wegen Mangels an Beweisen von der Anklage frei und verurteilte das Mädchen zu drei Monaten schweren Arztes, bedingt auf drei Jahre.

Das Mädchen, das von seiner Brotherrin vom Gericht heimbegleitet wurde, lächelte wie ein Kind, als man ihr sagte, daß sie nach Hause gehen dürfe.

Der gehörte Exekutor.

Prag, 27. Oktober. Eine Exekution ist für die Leidtragenden immer eine unangenehme Sache. Das weiß jeder, dem einmal eine Exekution bevorstand. Und jeder Mensch wird es verstehen, wenn der Leidtragende bei der Exekution manchmal auch ein bißchen heftig wird und den Exekutor eben nicht besonders freundlich behandelt. Ein gehörter Exekutor ist aber immerhin eine Seltenheit. Zumal wenn der „gebende“ Teil in diesem Falle eine 68jährige Greisin ist.

Der alten Frau, die sich heute vor einem Einzelrichter zu verantworten hatte, würde es auch kein Mensch zutrauen, daß sie noch so „schlagfertig“ sein kann. „Ja, wissen Sie, hoher Gerichtshof“, verteidigt sich die Greisin, „ich habe mich halt so aufge-regt und als der Exekutor gar nicht meine Einwände beachtete, da habe ich mich so in den Zorn hineingeredet, daß ich ihm... daß ich ihm...“ „Eine heruntergebaute“ ergänzte der Richter. „Ja, ja, gerade so war es, hoher Gerichtshof“, pflichtet die Greisin bei, „sie haben vollkommen recht!“

Das Urteil lautete, da ein Vergehen gegen ein Amtsbüro vorlag, auf zehn Tage Arrest bedingt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Kündigung des Kollektivvertrages der Vankbeamten. Wie wir erfahren, hat der Vankverband den im Jänner dieses Jahres für 1923 mit den Angestelltenorganisationen abgeschlossenen Kollektivvertrag gekündigt. Die Verhandlungen über den neuen Kollektivvertrag bzw. über die Verlängerung des alten Uebereinkommens dürften in der zweiten Novemberhälfte beginnen.

Der allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gibt soeben seinen Jahresbericht für 1922 heraus. Dem Bund gehörten in diesem Jahre 49 Zentralverbände mit 7,908,533 Mitgliedern an. 1921 betrug die Zahl 7,751,589. Sowohl die Zahl der männlichen als auch der weiblichen Mitglieder ist gestiegen, der Anteil der weiblichen Mitglieder der auch relativ von 20,1 auf 21,4 Prozent über 100,000, sieben über 50,000 und 27 unter 50,000 Mitglieder. Der größte Verband ist der Metallarbeiterverband mit 1,617,486 Mitgliedern. Der Prozess der Geldentwertung drängte die Gewerkschaften dazu, wertbeständige Beiträge zu erheben. Der Wochenbeitrag beträgt einen Stundenlohn. Näheres enthält das Jahrbuch des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes für 1922.

Wertbeständige Löhne in Deutschland. Der lohnpolitische Ausschuss des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der unzulässig gewordenen Regelung der Lohnfrage. Die Anpassung der Löhne an die Teuerung durch Anpassung des Lebenshaltungsindezes ist nur vereinzelt durchgeführt. Aber auch wo eine solche Auswertung des Lohnes vertragmäßig erfolgt, kann die Lohnfestsetzung der sprunghaftesten Geldentwertung und Teuerung nicht folgen. Die Folge ist eine fortschreitende Verelendung der Arbeiter. Der Ausschuss erkannte die einzig mögliche Lösung in der schleunigsten Löhnung durch ein goldwertiges Zahlungsmittel, wie dieses durch die Bekanntmachung der Regierung geschaffen wird. Bis genügend solcher Zahlungsmittel in Umlauf kommen können, muß durch entsprechend hohe Lohnfestsetzung und mindestens teilweise Entlohnung in goldwertigem Geld der Entwertung der Löhne vorgebeugt werden. Wo das s. St. nicht möglich ist, muß eine käufliche, event. tägliche, der Entwertung angepaßte Lohnzahlung erfolgen. Nach-

dem alle Verbrauchsgüter auf Gold berechnet, muß auch die Festsetzung der Löhne auf Goldbasis durchgeführt werden. Ueber die technische Durchführung der letzten Forderung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen. In den nächsten Tagen finden Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Unternehmer über diese Frage statt.

Amerikanisches Brotgetreide für Deutschland. Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge den Plan eines Verkaufes von 50,000,000 Bushels Weizen an Deutschland, um einerseits den amerikanischen Weizenbauern einen Verdienst zu verschaffen und andererseits Deutschland in seinen Ernährungs-schwierigkeiten zu helfen. Deutschland wird eine Zahlungsfrist von zwei Jahren und mehr eingeräumt werden. Dem Vernehmen nach bringt Präsident Coolidge dem Plan warmes Interesse entgegen.

Die polnische Streikbewegung. Die Streikbewegung zieht immer weitere Kreise. Western ist in dem Rapphabeden von Gorlice und Limanowo der allgemeine Streik der Rapphaarbeiter zur Unterstützung des Eisenbahner- und Vergarbeiterstreikes ausgebrochen. Der Rapphaarbeiterstreik hat sich im Laufe des heutigen Tages auch auf das Rapphabeden von Jaslo und Krosno ausgedehnt. In Trzebinie sind gestern die Arbeiter der Metall- und Zementwerke in den Ausstand getreten. Das ganze Industriegebiet von Czarnow ist vom Streik erfasst. Der Eisenbahnerstreik erfährt weitere Verschärfung. Die Lage ist hier gegenwärtig die, daß die sozialistischen Eisenbahnerorganisationen eigentlich einen Generalstreik auf den Eisenbahnen proklamieren haben. Die Regierung versucht es, durch scharfe Maßnahmen dieser Bewegung Einhalt zu tun. In Krakau, Lemberg und Warschau wurden die streikenden Eisenbahner militarisiert und verurteilt. Der Streik in der Lodyer Textilindustrie sowie im Dombrower und Krakauer Kohlenbeken dauert unermindert an, ebenso auch der Poststreik in Krakau. Die sozialdemokratische Partei hat der Regierung die Forderung überreicht, die Arbeiterlöhne jede Woche nach dem Teuerungsindezes des statistischen Hauptamtes zu regeln. Im Falle der Ablehnung dieser Forderung wird der Exekutivausschuss der sozialistischen Partei im Einvernehmen mit der Zentralkommission der polnischen Gewerkschaften den Generalstreik proklamieren.

Die Industriestaaten sabotieren die Achtstundentagkonvention. Bei der Behandlung des Berichtes des Direktors des Internationalen Arbeitssamtes Albert Thomas über die auf dem Gebiete des internationalen Arbeitsschutzes geleisteten Fortschritte besagten sich mehrere Arbeitervertreter über die Langsamkeit der Ratifikation der auf den bisherigen Arbeiterkonferenzen abgeschlossenen Abkommen. Die Konvention über den Achtstundentag sei durch keinen der großen Industriestaaten ratifiziert worden. Das Arbeitsamt wurde aufgefordert, auf die Verschleimung der Ratifikation hinzuwirken. Der polnische Regierungsvertreter Wycicki erklärte, die polnische Regierung könne unmöglich das Abkommen über den Achtstundentag ratifizieren, bevor nicht die großen Industriestaaten dies getan hätten.

Arbeitsaufsicht in verschiedenen Ländern. Einen umfassenden Bericht über die Arbeitsaufsicht in verschiedenen Ländern hat das Internationale Arbeitsamt aus Anlaß der fünften Tagung der internationalen Arbeitskonferenz zu Genf im Oktober 1923 herausgegeben. In der Darstellung sind nicht nur die großen Industriestaaten vertreten, sondern auch die meisten kleineren Staaten vertreten, ebenso wichtige überseeische Gemeinwesen. Der Bericht gibt hinsichtlich jedes Landes einen kurzen geschichtlichen Ueberblick sowie Aufschluß über die Organisation der Arbeitsaufsicht, deren Verhältnis zu anderen Verwaltungsstellen, die Anstellung der Aufsichtsbeamten usw. Ueberdies wird die internationale Vergleichbarkeit der Berichte der Arbeitsaufsichtsbeamten behandelt, die noch in weitem Umfange mangelt, wie denn diese Berichte überhaupt in bezug auf Form und Inhalt stark von einander abweichen. Auf der 5. internationalen Arbeitskonferenz, die eben tagt, wird über die Frage der Arbeitsaufsicht und namentlich der Vereinheitlichung ihrer Organisation, ausführlich verhandelt.

Paritätische gewerbliche Ausschüsse in Großbritannien. Die Einrichtung paritätischer gewerblicher Ausschüsse hat sich in Großbritannien bewährt. Der erste derartige Ausschuss entstand 1918 und jetzt beträgt deren Zahl 73. Die Ausschüsse werden freiwillig gebildet und stellen eine Weiterentwicklung des schon lange bestehenden Systems kollektiver Verhandlungen dar. In jedem Wirtschaftszweig, der diese Einrichtung übernommen, besteht ein Reichsausschuss, dem Bezirksausschüsse und Betriebsausschüsse untergeordnet sind. Die Gesamtzahl der Bezirksausschüsse ist 150, die der Betriebsausschüsse wird auf mehr als 1000 geschätzt. Die wichtigste Aufgabe der Ausschüsse ist die Erledigung von Fragen der Löhne, Arbeitsdauer und Arbeitsverhältnisse. In 23 Wirtschaftszweigen haben die Ausschüsse Mindest- oder Normallöhne festgesetzt. In 17 Wirtschaftszweigen wurden gleiche Lohnsätze eingeführt, welche die Angleichung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung vorsehen. Die Normalarbeitswoche wurde in 30 Industrien von den paritätischen Ausschüssen bestimmt, wobei zumeist gleichzeitig eine Arbeitszeitverkürzung stattfand. In keinem Fall übersteigt die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit 48 Stunden. Von 20 Ausschüssen wurde der Grundsat eines jeden jährlichen Umlaubs aufgestellt. Auch mit der Bekämpfung von Ar-

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

beitslosigkeit, dem Arbeitslosenproblem, der Berufsbildung, dem Bezahlungsweisen usw. haben die Ausschüsse sich befaßt.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund und die Gewerkschaftsinternationale. Im Zusammenhange mit dem in der ersten Woche dieses Monats in Portland, Oregon, abgehaltenen 13. Gewerkschaftsfongress des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes können nun weitere Einzelheiten gemeldet werden. Dem Jahresberichte der Exekutive zufolge, stellte sich die Zahl der Mitglieder Ende August dieses Jahres auf 2,926,468, gegen 3,196,635 im Jahre 1922 und 3,906,528 im Jahre 1921. Die Mitgliederzahl ist demnach während des letzten Jahres um 260,000 zurückgegangen. Der Gewerkschaftsbund umfaßt nun 108 nationale und internationale Organisationen. Ueber die Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund wird gesagt: In bezug auf unsere Beziehungen zum Internationalen Gewerkschaftsbund hat sich seit dem letzten Bericht nichts geändert. Es ist keine Veränderung in der Haltung des I. G. B. eingetreten, um den Bedenken entgegenzukommen, die von der American Federation of Labour erhoben und als ein Hindernis des Anschlusses an den I. G. B. bezeichnet worden sind. Wir schlagen vor, das Exekutivkomitee zu ermächtigen, die Beziehungen zum I. G. B. auch weiterhin aufrecht zu erhalten, in der Hoffnung, daß sich bald eine Gelegenheit zum Anschluß an die organisierten Arbeiter der alten Welt ergeben wird. Wir sind sehr gerne bereit, so bald als möglich, die kameradschaftlichen Beziehungen wiederherzustellen, soweit dies ohne Aufgeben derjenigen Prinzipien geschehen kann, die von der amerikanischen Arbeiterbewegung als unverletzlich betrachtet werden.

Der spanische Staatsstreicher als Wirtschaftspolitiker. General Primo de Rivera, der Führer des faschistischen Staatsstreichs in Spanien, steht jetzt natürlich vor der Aufgabe, die Versprechungen wahrzumachen, die er und seine Gefolgschaft bei der Einrichtung des Staatsstreichs gemacht haben. Wie er sich die Hebung der Wirtschaftslage Spaniens denkt, kann die Neuperiode von ihm schließen, die in The Labour Press Service vom 4. Oktober mitgeteilt wird. Er begann mit dem auch in anderen Ländern nicht unbekanntem Verstehe darüber, daß kurze Arbeitszeit und Gewerkschaften die Hauptursachen der Teuerung seien. (Spanien hat seit dem 1. Oktober 1919 den Achtstundentag. Bei der Schwäche der spanischen Gewerkschaften ist es jedoch nicht unmöglich, daß er für den großen Teil

der Arbeiterschaft nur auf dem Papier steht. Daraus geht zugleich hervor, daß sicher nicht die Stärke der spanischen Gewerkschaften die Ursache der Teuerung ist.) Der General erwähnte dann die Arbeiter, ihre Leistungen zu steigern und hielt ihnen als Muster die — englischen Arbeiter vor. Dieser englischen Arbeiter pflegen ihre Unternehmungen bekanntlich öfter etwas anderes zu sagen, nämlich, daß sie sich die französischen und deutschen Arbeiter zum Muster nehmen sollten. Man kann daraus sehen, was Geistes Kind dieser spanische Militärmachtshaber ist. Allerdings ist er nicht besser und nicht schlechter als die Faschisten in den anderen Ländern.

Devilenturfe.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague, Berlin, and Vienna.

Zürcher Schlusskurse am 27. Oktober

Table with gold and ware prices for various cities like Paris, London, Berlin, etc.

Kunst und Wissen.

Die Journalisten. (Neueinstudierung im Deutschen Theater am 26. Oktober.) Es hat heute gar keinen Sinn, mit kritischer Erhabenheit auf dieses feinerzeit überschätzte Lustspiel mittelalt herabzuschauen. Denn wenn man von der Sentimentalität Courts-Mahlerischer Liebesepoden und mit ein wenig wohlwollendem Verständnis, von der Ueberhebung des „demokratischen“ Bürgers absteht, so bleibt noch genug übrig, was für eine Satire der Gegenwart gegen die deutsche Bourgeoisie sehr brauchbar erscheint. Daß die Neueinstudierung unter Herrn Lieb's Leitung eben auf dieses Moment vor allem Rücksicht genommen hat, kann nicht genug hoch eingeschätzt werden. Daher kam es, daß die besonders liebevoll herausgearbeitete Szene, in welcher

im Typus Piepenbrint (von Herrn Liebi ausgezeichnet gespielt) die Verbohrtheit, der Indifferenzismus- und alle übrigen Schattenseiten des bis auf den heutigen Tag gleich gebliebenen deutschen Bürgertums aufgedeckt werden, stürmischen Beifall auslöste. Einen frischen Zug in das Ganze brachte die glänzende Leistung Herrn Kramers als Bolz, dessen natürlicher Übermut alle Darsteller mitriß. Ihm sekundierte seine Partnerin Frau Serber mit Humor und weiblicher Charme, wie es die Rolle der Adelheid Runel erfordert. Die heute schon sehr verblähte Rolle des Schmied hatte Herr Berger übernommen. Er wich jeder Aufdringlichkeit aus, zu der hier ein Schauspieler leicht zu verleiten ist. Sein einfaches diskretes Spiel hinterließ einen guten Eindruck. Herr Firmbach war steifer, als es die Gestalt des Prof. Obendorf erfordert. Fräulein Schmidt vermochte selbst durch ihre Schönheit über die Nichtigkeit ihrer Rolle nicht hinwegzutäuschen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Sonntag zwei Uhr Auftreten Pepi Glöckner-Kramer-Richard Romanowitsch „Frau Präsidentin“, abends Beginn sechs Uhr „Walfürer“; morgen Montag, „Räthchen von Heilbrunn“; Dienstag, Donnerstag (halb 3 Uhr bei vollen Preisen) und Sonntag (Ab. ausgeh.) „Näbi“; Mittwoch Gastspiel Leopold Kramers „Die Journalisten“; Donnerstag Premiere „Manon Lescaut“; Freitag „Die Siegerin“; Samstag Premiere mit Romanowitsch „Der lähne Schwimmer“; Montag „Manon Lescaut“.

Urania. Heute, halb 8 Uhr: „Märchenmächtmittag“ mit lustigen Bildern. Dr. Lise Adler. Karten: Erwa. 4, Kinder 3 K. Heute, pünktlich halb 8 Uhr: „Fünf Kriegs- und Forschungsjahre in Deutsch-Südwest-Afrika“ mit Lichtbildern. Prof. Dr. Jaeger. Montag, 28. 8 Uhr: „Alten, Tod, Verjüngung und Unsterblichkeit“. Prof. Dr. Winterstein (Kofold). Dienstag, 30., 8 Uhr: „Klavierkonzert“ Alfred Hoehn (Frankfurt a. M.). Mittwoch, 31., 8 Uhr: „Vortragsabend“, veranstaltet von den „Deutschen Lichtbildern“. Donnerstag, 1. November: Eröffnung des „Uranion-Kino“. Freitag, 2. Nov., dreiviertel 7 Uhr: „Bedingte und unbedingte Freiheit“. Kircherrat Dr. Jilchert. Freitag, 8 Uhr: „Die Dame des Kololo“ mit Lichtbildern. Dr. Valerian Tornius (Leipzig).

Samstag, 3., 8 Uhr: „Wissenschaftliche Wand. lektion“. Prof. J. Hübner-Galbarde (Berlin). Dazu sämtliche Kurse des modernen „Bildungs. institutes Urania“. Karten zu allen Veranstaltungen: Urania-Kasse 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr, Smecch 22. 1878

Aus der Partei.

Kreiskonferenz Bubenbach. Sonntag, den 18. November, vorm. 9 Uhr, findet in der Volkshalle in Bubenbach die diesjährige ordentliche Kreis. konferenz mit folgender Tagesordnung statt: Berichte, Unsere nächsten Aufgaben, Wahl der Delegierten zum Parteitag, Neuwahl der Kreisvertretung und Freie Anträge.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Basar. 1392

Barum — Konfektion — Dusch!!! Weil elegante und moderne Kleidung nun nicht mehr das Vorrecht der reichen Dame ist, sondern weil jetzt auch die Frau des Arbeiters, des Angestellten, des Beamten bei der Firma Dusch, Prag Prikopu 27 (Großer Basar), nur 1. Stock, sich billig und doch höchst modern kleiden kann. Näheres im Inserat der genannten Firma in unserer heutigen Nummer. 1878



Berausgeber: Dr. Ludwig Egeh und Karl Cermor. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Polta.

Advertisement for Mädchen-Mäntel by Spezialhaus Ferd. Hirsch, Prag, Zelezná 14. Includes a logo of a deer.

Advertisement for Apec and Morrell sausages, featuring a pig logo and contact information for Robert Stránský.

Advertisement for Piering-Scal u. Essig, including a diamond logo and text about hair removal.

Large advertisement for Palma rubber-soled shoes, featuring a palm tree logo and text about quality and price.

Advertisement for Teekanne tea, featuring a teapot logo and text about quality and health benefits.

Advertisement for Krimi soup, featuring a bowl logo and text about its health benefits.

Advertisement for Buchhandlung Freiheit, featuring a book logo and text about book sales.

Advertisement for Guma Schuhe, featuring a shoe logo and a list of branch locations across various cities.

Large advertisement for BUSCH confectionery, featuring a logo and text about their products and location at the Basar.

Advertisement for Teekanne tea, featuring a teapot logo and text about quality and health benefits.